



Zeitung  
der Schweizerischen  
Friedensbewegung

# Unsere Welt



Ein Jahr nach dem Amtsantritt von Präsident Barak Obama: Die Welt ist weder sicherer noch besser geworden. Ernsthafte Abrüstungsschritte lassen weiter auf sich warten, US-Truppen im Ausland werden aufgestockt, neue Militärbasen geschaffen, Militärputschisten unterstützt, neue Waffensysteme ausgeheckt, Landminen weiter produziert, die Aggression gegen Kuba fortgeführt – während Hunger, Durst und Krankheiten immer neue Gebiete erobern. Friedensnobelpreis für Obama – ja für was denn? Auf dem Bild: Optimistische Skulptur vor der UNO in New York (Foto Citizen Sann).

Offener Brief von Michael Moore an Barak Obama

## Seien Sie nicht der neue Kriegspräsident!

Am 30. November 2009, am Vorabend der Ankündigung von Barak Obama, die US-Truppen in Afghanistan aufstocken zu wollen, schickte ihm der US-amerikanische Filmemacher Michael Moore einen offenen Brief. Wir dokumentieren den Brief in einer Übersetzung von Ellen Rohlf (Tlaxcala-Übersetzernetzwerk).

Von Michael Moore

Sehr geehrter Herr Präsident, Wollen Sie wirklich der neue «Kriegspräsident» werden? Wenn Sie Morgen Abend nach West Point gehen und ankündigen, dass Sie die Truppen in Afghanistan aufstocken, statt zurückziehen, dann sind Sie der neue Kriegspräsident. Klar und einfach. Und damit werden Sie das Schlimmste tun, was Sie tun könnten – die Hoffnungen und die Träume vieler Millionen zerstören, die auf Sie gesetzt haben. Mit nur einer Rede Morgen Abend, werden Sie eine Menge junger Leute, die das Rückgrat Ihrer Kampagne waren, zu desillusionierten Zynikern machen. Sie werden sie lehren, dass das, was sie schon immer hörten, wahr ist – dass alle Politiker gleich sind. Ich kann es einfach nicht glauben, dass Sie dabei sind, das zu tun, was Sie sagen, dass Sie tun werden. Bitte sagen sie, dass dies nicht stimmt.

Es ist nicht Ihre Aufgabe, das zu tun, was Generäle Ihnen sagen. Wir haben eine Regierung, die von Zivilisten angeführt wird. WIR sagen den Chefs des Generalstabs, was zu tun ist – und nicht umgekehrt. Das war General Washingtons Art und Weise, wie es sein müsste. Das war es, was Präsi-

dent Truman General Mac Arthur sagte, als dieser in China einfallen wollte. «Sie sind entlassen!» sagte Truman – und damit hatte es sich. Und Sie sollten General McChrystal entlassen, wenn er zur Presse geht und dort sagt, was Sie zu tun haben und Ihnen so zuvor kommt. Lassen Sie es mich unverblümt sagen: Wir lieben unsere Kinder in den Militärdiensten aber wir hassen diese Generäle, von Westmoreland in Vietnam bis Colin Powell, der die UNO mit seinen Zeichnungen von Massenvernichtungswaffen angelogen hat. (...)

Es gibt einen Grund, dass Afghanistan nicht «Garten-Staat» genannt wird (obwohl man es sollte, denn Sie haben gesehen, wie der Bruder des korrupten Karzai, den wir unterstützen, mit Drogen handelt und Mohn anbaut). Afghanistans Spitzname ist «Friedhof der Imperien». Wenn Sie es nicht glauben, rufen Sie die Briten an, ich würde Dschinghis Khan anrufen, aber ich habe seine Telefon Nummer verloren. Dafür habe ich aber Gorbatschows Nummer (022 789 16 62). Ich bin sicher, er kann Ihnen eine Menge historischer Fehler mitteilen – dann werden Sie mehr begreifen.

Unser wirtschaftlicher Kollaps geht lustig weiter; und unsere kostbaren

Männer und Frauen werden auf dem Altar der Arroganz und der Gier geopfert; der Zusammenbruch dieser grossen Zivilisation, die wir Amerika nennen, wird sie weltweit mit Vollgas in die Vergessenheit steuern, wenn Sie der «Kriegspräsident» werden. Weltreiche denken nie daran, dass das Ende so nahe ist, bis das Ende tatsächlich da ist. Imperien denken, dass noch mehr Übles/Gewalt die Heiden zwingen wird, sich zu fügen – doch dies hat noch nie funktioniert. Die Heiden haben sie in Fetzen gerissen.

Wählen Sie sorgfältig, Präsident Obama. Wenn jemand weiss, dass es nicht so sein soll, dann sind Sie es. Sie haben noch ein paar Stunden Zeit, um auf Ihr Herz und Ihre klaren Gedanken zu hören. Sie wissen, dass nichts Gutes davon kommt, wenn noch mehr Truppen um die halbe Welt an einen Ort gesendet werden, den weder Sie noch die anderen kennen und begreifen, um ein Ziel zu erreichen, das weder Sie noch die anderen kennen, in ein Land, das uns dort nicht haben will. Sie können es gewiss tief in sich spüren.

Ich weiss, Sie wissen, dass es weniger als hundert Al-Qaida in Afghanistan gibt. Einhundert tausend Soldaten sollen versuchen, einhundert in Höhlen lebende Burschen umzubringen? Ist das Ihr Ernst? Haben Sie Bushs Trank getrunken? Ich weigere mich, dies zu glauben.

Fortsetzung auf Seite 2

Unsere Welt  
Schweizerische Friedensbewegung  
Postfach 2113, 4001 Basel

32. Jahrgang  
Nr. 4 – 2009  
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

## Aus dem Inhalt

Wider das Dschungelgesetz	2
Nahost: Der Hund hat nicht gebellt	3
Begegnung mit Justice Richard Goldstone	4
Kriegsgebiet Kinderzimmer	5
Verpasster Schritt weg vom Krieg zum Frieden	5
Sieg helvetischer Bigotterie	7
60 Jahre SFB: 60 Jahre gelebte Solidarität	8

Dritter «Marche mondiale des femmes»

## Frauen auf dem Weg

Vom 8. März bis am 17. Oktober 2010 finden im Rahmen des «Marche mondiale des femmes» wieder weltweit Märsche und Veranstaltungen statt.

Von Monika Waser

Wir erinnern uns: Vor 10 Jahren, am 8. März 2000, startete in Genf der erste Weltfrauenmarsch. Der Marche mondiale des femmes ist ein weltweites Aktionsnetzwerk, das Gruppierungen von Basisfrauen vereint, die gegen die Armut und Gewalt an Frauen kämpfen.

Bereits nach der Lancierung der Idee hat sich der Marche mondiale des femmes zu einer breiten Bewegung entwickelt, die im Jahr 2000 gegen 6'000 Gruppierungen in 163 Ländern und Territorien um eine gemeinsame Forderungsplattform vereinte.

In der Schweiz beteiligten sich mehr als 200 Frauengruppierungen und führten während 8 Monaten lokale, regionale und nationale Aktionen durch.

Die Werte, die die «Marches» in ihren Aktionen leiten, sind die Globalisierung der Solidarität, die Vielfalt und die Kraft von Frauenbündnissen und der Verbindung mit anderen sozialen Bewegungen.

Ausgehend von diesem ersten Aktionsjahr hat sich der Marche mon-

diale des femmes auf der politischen Bühne behauptet als eine internationale feministische, anti-kapitalistische und anti-imperialistische soziale Bewegung, die verwurzelt ist in lokalen Kämpfen und Kontexten.

Im Jahr 2005 durchwanderte der zweite Marche mondiale des femmes in einer Karawane alle Kontinente



vom 8. März gestartet in Brasilien bis zum 17. Oktober in Burkina Faso, Afrika. Mit der Karawane wanderte die Charta, mit den Forderungen der Frauen für ein Leben in Sicherheit und Würde und in jedem durchwanderten Land wuchs das gemeinsame Patchwork.

Die dritte internationale Aktion basiert auf den 4 Aktionsfeldern Öffent-

Fortsetzung auf Seite 2

## Usner Gherin fnuktinoriet

Wnen sie desie Übrshcirtf Iseen knotnen sei inehn gesgat: die Bcuhtbaenreihenifloge in eneim Wrot ist eagl, Huaptschae, der estre und Itzete Bcuhtbae snid an der rhcigtien Settle. Die rsetclhien Bshcuteban kenönn toal druchenianeder sien. Wiel das mneschilhce Gherin nhcit jdeen Bcuhtbaen enizlen leist, snodren das Wrot als gnazes, knan man es tortzedm onhe Poreblme Iseen.

Mit dem Pähonemn bchesfätgein scih acuh mherere Hhcochsluen. Esrtmlas üebr das Tmeha gchseibren wrdue breteis 1976 in eneir Dsiestratton an der egnlsiceln Uitneivrsy of Ntitongahm.

Die Srpahce und die Shefirt siplet dbeai kneie Rlode. Die atumoatishce Übrsteznug usnrees Gherins, von Bieldrn in Srpahce und Gdeaken fnuktorient imemr, acuh wnen es nhcit um das Lseen ghet. Usner Gherin üebrstetz Unbkennates in Beknantes, verkünfft vershcownmeme Bideln mit Erfharugnen und mcaht dauars ein beknantes Msuter. Deis ntzut acuh die Wrebebarhnce aus, in dem sie eniem Lgoo bsete Egeinshcatfen zuweiseit und deis mhermlas wdieerhlot. Dnan veshcmlezen lteztednlich Egeinshcatfen und Lgoo. Nun das Lgoo auf ein neeus noch unbkennates Pordkut birgnen, den Rset mcaht usner Gherin.

Politrproagnaditsen wsisen eebnflals dmait uzmuqheen. Auf oebngnenante Wseie mahcen sie aus ungweotnen Mniarteten bedorhlihce Trerorraekten und aus Kierngsmtaeirral wrdeen uanbdnigabre Abretispälzte.

Das Redaktionsteam von «Unsere Welt» wehrt sich gegen diese Art der Meinungsbildung. Wir informieren Sie ehrlich und kritisch, über bekanntes und unbekanntes. Dies möchten wir auch im nächsten Jahr so tun. Wir bitten Sie deshalb, mit dem beigelegten Einzahlungsschein unsere Arbeit zu unterstützen. Bitte achten Sie beim Ausfüllen auf die richtige Reihenfolge der Zahlen. Vielen Dank.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PostFinance Konto 40-1627-7

Ruedi Moser, Sekretär SFB

Fortsetzung von Seite 1 (Moore...)

Ihre potentielle Entscheidung, den Krieg auszudehnen (während Sie sagen, dass Sie dies tun, «um den Krieg beenden zu können») wird mehr tun, um Ihr Vermächtnis in Stein zu setzen als alles andere Grosse, was Sie in Ihrem ersten Jahr gesagt und getan haben. Werfen Sie den Republikanern noch einen Knochen zu und die Koalition der Hoffnungsvollen und Hoffnungslosen wird dahin sein – und diese Nation wird schneller in den Händen der Hasser sein, als Sie «Teebeutel» schreien können. (...)

Wir, das Volk, werden Sie weiter lieben. Wir, das Volk, hoffen weiter. Aber wir, das Volk, können Ihren Zusammenbruch nicht ertragen. Wir wählten Sie mit einer übergrossen Menge von Millionen, dass Sie das Ziel erreichen und den Job, das Amt bekommen. Haben Sie nicht verstanden, was das für ein überwältigender Sieg war?

Täuschen Sie sich nicht, wenn Sie glauben, dass das Schicken von ein paar mehr Soldaten einen Unterschied machen würde oder Sie den Respekt der Hasser gewinnen würden. Diese werden nicht aufhören, bis das Land aus einander gerissen und der letzte Dollar aus den Armen und den noch nicht so Armen herausgezogen ist. Sie können eine Million Soldaten nach drüben senden und die rasende Rechte wird sich dann noch immer nicht zufrieden geben. Sie werden das Opfer ihrer unaufhörlichen giftigen, hasserfüllten Radio und TV-Sendungen sein, weil Sie – egal was Sie tun werden – das kleine Übel an sich selbst nicht ändern können, das sie rasen macht.

Es waren nicht die Hasser, die Sie wählten und Sie werde auch nicht gewinnen können, wenn sie den Rest von uns verlassen.

Präsident Obama, es ist – für unsere Soldaten – Zeit nach Hause zu kommen, fragen Sie Ihre Nachbarn in Chicago und die Eltern der jungen Männer und Frauen, die mit dem Kämpfen und Sterben zu tun haben, ob sie in Afghanistan mehr Milliarden und mehr Soldaten haben wollen. Werden die Ihnen sagen, «wir brauchen keine Gesundheitsversorgung, wir brauchen keine Jobs, wir brauchen keine Wohnungen. Gehen Sie

voran, Herr Präsident und schicken unser Vermögen und unsere Söhne und Töchter nach Übersee, weil wir weder das eine noch das andere brauchen?»?

Was würde Martin Luther King jr. tun? Was würde Ihre Grossmutter tun? Nicht noch mehr arme Leute wegschicken, damit sie andere arme Leute töten, die keine Bedrohung für sie darstellen – das wäre es, was sie tun würden. Nicht Milliarden und Milliarden ausgeben, während amerikanische Kinder auf den Strassen schlafen und sich wegen Brot anstellen müssen.

Wir alle, die wir für Sie gestimmt und gebetet und in der Nacht ihres Sieges vor Freude geweint haben, haben eine Orwell'sche Hölle von acht Jahren Verbrechen ertragen, die in unsern Namen begangen wurden: Folter, Aussetzen des Grundgesetzes, Überfall auf Nationen, die uns nicht angegriffen haben, das Bombardieren ganzer Stadtteile, in denen Saddam Hussein vermutet wurde (war er aber nicht), das Morden ganzer Hochzeitsgesellschaften in Afghanistan. Wir beobachteten, wie hundert Tausende von irakischen Zivilisten gemordet und zehn Tausende von tapferen Männern und Frauen getötet, verstümmelt oder lebenslang traumatisiert wurden – voller Terror, den wir nur erahnen können.

Als wir Sie wählten, erwarteten wir keine Wunder. Wir erwarteten nicht einmal einen grossen Wandel. Aber wir erwarteten etwas. Wir dachten, Sie würden den Wahnsinn und das Töten stoppen und die dumme Idee, dass Männer mit Waffen eine Nation, die nicht mal als Nation funktioniert ja, nie eine gewesen ist, reorganisieren.

Halt, halt, halt – um das Leben junger Amerikaner und afghanischer Zivilisten willen, halt. Um Ihrer Präsidentschaft, um der Hoffnung und um der Zukunft unserer Nation willen; um Gottes willen Halt! Heute Abend werden wir noch Hoffnung haben. Morgen – werden wir sehen. Es liegt jetzt ganz an Ihnen. Sie müssen den Krieg nicht weiterführen. Sie könnten ein Profil an Mut sein. Sie könnten der Sohn Ihrer Mutter sein.

Wir rechnen mit Ihnen!

ist eine Karawane der Frauen aus dem Balkan geplant.

Am 17. Oktober finden wieder zeitgleiche Kundgebungen und Märsche auf der ganzen Welt statt und zudem eine grosse internationale Aktion für die Frauen der Krisenregion in Süd-Kivu, die seit Jahren unter den unvorstellbarsten Bedingungen leiden und leben müssen. Eine internationale Delegation des Marche mondiale des femmes wird an Ort und Stelle im Kongo die Solidarität der Frauen der Welt überbringen.

#### Start am 13. März in Bern

In der Schweiz rufen wir auf zu einer ersten grossen, farbigen Kundgebung am 13. März in Bern. Mitmachen können alle, Einzelfrauen, grosse und kleine Organisationen, die die Grundsätze des «Marche mondiale des femmes» unterstützen.

Weitere Infos auf [marchemondiale.ch](http://marchemondiale.ch) und [marchemondiale.org](http://marchemondiale.org) oder über Postfach 522, 5004 Aarau.

Monika Waser ist Mitglied der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt.

## Deutliche Worte des scheidenden UNO-Versammlungsleiters

# Wider das Dschungelgesetz

Am 14. September 2009 hielt Miguel d'Escoto Brockmann in New York nach einjähriger Amtszeit seine Abschiedsrede als Präsident der 63. Vollversammlung der Vereinten Nationen. Der 1933 geborene d'Escoto Brockmann war katholischer Priester und gehörte von 1979 bis 1990 dem Kabinett von Daniel Ortega als Aussenminister von Nicaragua an. Wir dokumentieren die Rede in einer stark gekürzten Fassung.

## Von Miguel d'Escoto

Liebe Brüder und Schwestern, tempus fugit, wie die Römer zu sagen pflegten, und sie hatten recht: Die Zeit verfliegt, sie geht zur Neige für uns. Und so, wie uns die Zeit davonläuft, schwinden auch die Gelegenheiten, das zu tun, was wir tun müssen, um den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu sichern.

Es sind eher ältere Personen wie ich, die sich dieser Realität bewusst werden. Mit einem Fuss praktisch im Grab, scheinen wir ein klareres Verständnis von der Dringlichkeit zu haben. Wir wissen, dass wir nicht damit fortfahren dürfen, wesentliche Schritte aufzuschieben, wollen wir verhindern, dass die schlimmstmöglichen Szenarien Wirklichkeit werden. Allerdings geht es in dieser Frage nicht nur um die Torheit alter Männer. Für die gesamte Welt läuft die Zeit definitiv aus.

Wenn wir es nicht schaffen, Solidarität, sozialen Gemeinsinn und Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt zu den Haupttriebkraften unserer Menschengesellschaft zu machen, werden wir schlicht und einfach nicht überleben. Egoismus, Individualismus, Habgier und egoistische nationale Interessen, die das menschliche Verhalten heute charakterisieren und bestimmen, können nur zum Aussterben unserer Spezies führen. Wir haben diesen Weg bereits eingeschlagen. An manchen Punkten ist eine Umkehr vielleicht schon nicht mehr möglich.

Ich kann sagen, dass ich insofern zufrieden ausscheide, als ich meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt habe, die Agenda der 63. Sitzungsperiode umzusetzen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Vollversammlung auf unvorhersehbare Ereignisse von internationaler Bedeutung reagieren konnte. Dazu gehören die israelische Aggression gegen Gaza, die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise und der erst kürzlich erfolgte Staatsstreich in Honduras, ein Glücksfall für die Pro-Putsch-Kräfte des 21. Jahrhunderts, durch den die internationalen Reaktionen versucht haben, den siegreichen und verheissungsvollen Vormarsch der Bolivarischen Alternative für die Amerikas aufzuhalten. Wenn wir mehr Zeit gehabt hätten, dann wäre von uns auch die ernsthafte Bedrohung des Friedens in Lateinamerika auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt worden, die sich in den Plänen der USA zeigt, in Kolumbien sieben neue Militärstützpunkte einzurichten. Bedauerlicherweise ist die 63. Sitzungsperiode zu Ende gegangen, bevor wir das tun konnten. Dieser Punkt muss deshalb in der nächsten Sitzung behandelt werden, wenn die Vollversammlung bezüglich der Vorgänge in der Welt am Puls der Zeit bleiben will.

## Die fünf Kubaner

Wie bei den Regierungen vieler Mitgliedsstaaten, haben Ausmass und Schwere der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, der grössten Krise seit der Gründung der Vereinten Nationen, im zurückliegenden Jahr auch einen zentralen Stellenwert auf unserer Agenda eingenommen. Diese Krise hat uns daran gehindert, uns anderer Themen in dem Masse anzunehmen, wie wir es als notwendig erachtet hätten. Dazu gehören Probleme der atomaren Abrüstung, die Situation in

Palästina, die Dekolonialisierung und das äusserst gefährliche und unrechtmässige Konzept des Präventivkrieges.

Wir hätten uns auch gern grundsätzlicher mit dem sogenannten Krieg gegen den Terror befasst. Hervorstechend ist hierbei der weltweit verurteilte Fall der fünf kubanischen Helden, die zu Unrecht und aus reiner Willkür nunmehr seit genau elf Jahren und zwei Tagen in Haft gehalten werden und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt sind, weil sie Licht in Terrorstrukturen in Miami gebracht haben, von denen aus Aktionen gegen die heroische und allzeit hilfsbereite Republik Kuba durchgeführt wurden. Abgesehen von der Tatsache, dass die Informationen den Behörden unseres Gastlandes, die fortlaufend vorgaben, von diesem Fall keine Kenntnis zu haben, ordnungsgemäss zugestellt wurden, war die einzige Antwort, sie einzusperren. Es bleibt zu hoffen, dass mit dem vielgepriesenen Wandel und den angekündigten Korrekturen der Politik seitens der neuen Regierung des Gastlandes auch eine Korrektur dieser Fehlurteile vorgenommen wird, durch die fünf Familien grosses Leid geschieht und dem Ansehen der Vereinigten Staaten grosser Schaden zugefügt wurde, was der neue Präsident aber wieder ändern will.

## Die Situation Palästinas

Meine grösste Frustration in diesem Jahr erfuhr ich durch die Situation in Palästina. Die Palästina-Frage bleibt das schwerwiegendste und am längsten ungelöste politische Problem und Menschenrechtsthema auf der Agenda der Vereinten Nationen seit ihrer Gründung. Der offenkundige Mangel an Engagement zu seiner Lösung ist ein Skandal, der mich mit grosser Sorge erfüllt hat.

Eine gerechte Lösung der Palästina-Frage kann nur auf der Grundlage des Völkerrechts realisiert und sie kann nur erreicht werden, wenn die Einheit des palästinensischen Volkes hergestellt ist und die internationale Gemeinschaft mit allen vertrauenswürdigen und demokratisch gewählten Vertretern des palästinensischen Volkes redet. Zusätzlich zum Rückzug der Israelis aus allen Territorien, die seit 1967 unrechtmässig besetzt wurden, verlangt das Völkerrecht, dass allen Palästinensern, die während der Entstehung des Staates Israel vertrieben wurden, einschliesslich ihrer Kinder und Enkelkinder, erlaubt wird, in ihr palästinensisches Heimatland zurückzukehren.

Die Passivität und offensichtliche Gleichgültigkeit einiger einflussreicher Mitglieder des Sicherheitsrates gegenüber der Tatsache, dass die Blockade des Gazastreifens unter Verletzung des Völkerrechts und der Resolution des Sicherheitsrates seit zwei Jahren ununterbrochen fortgesetzt wird, empfinde ich als schändlich. Diese Blockade richtet einen immensen Schaden an und erzeugt grosses Leid unter der palästinensischen Bevölkerung von Gaza. Diese Situation droht sich jetzt noch zu verschlimmern, wenn angesichts des bevorstehenden Winters keine Sofortmassnahmen ergriffen werden.

## Gegen das Recht der Stärksten

Es wäre unpassend, wenn ich mich von Ihnen verabschieden würde, ohne Ihnen meine Gedanken darüber zu

vermitteln, welches die wichtigste Lektion oder Erkenntnis ist, die ich aus der Arbeit des vergangenen Jahres gezogen habe – aus der Hinwendung und dem totalen Engagement für die Sache des Friedens durch die Demokratisierung der Vereinten Nationen; der Revitalisierung der Vollversammlung; der völligen Abschaffung aller Atomwaffen bis 2020, wenn sich die Abwürfe der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zum 75. Mal jähren; der Ausrottung von Armut und Hunger, nachdem in diesem Jahr die psychologische Barriere von einer Milliarde hungernder Menschen auf der Welt durchbrochen wurde; dem Ergreifen von Massnahmen, um den Zugang zu sauberem Trinkwasser und Nahrung für alle sicherzustellen; der Förderung effektiver politischer Schritte, um dem Klimawandel zu begegnen; der Beendigung des verbrecherischen Menschenhandels ebenso wie der Schande der Misshandlung und Diskriminierung von Frauen; der Garantie des Rechts auf Bildung für Kinder und Jugendliche, einschliesslich der Mädchen und Jungen in Ländern mit bewaffneten Konflikten oder humanitären Katastrophen durch Naturphänomene; genauso wie der Garantie eines Lebens in Gesundheit, die aus ethischen und religiösen Gründen zwingend geboten ist.

Es wird gesagt, dass der Völkerbund scheiterte, weil es jenen, die ihn förderten, an Macht oder dem notwendigen Willen fehlte, ihn Realität werden zu lassen. Ich glaube, dass man etwas Ähnliches über die Vereinten Nationen sagen könnte. Ich bin einer von denen, die glauben, dass die Vereinten Nationen als Organisation das Potential haben, unverzichtbar zu sein für das Bestreben der Menschheit, die sich zusammenballenden Krisen zu überwinden, durch die die Menschheit ausgelöscht zu werden droht. Zweifellos ist das Hauptproblem, dass nicht alle ihre Gründer wirklich an die Visionen geglaubt haben, die explizit oder implizit in der den Vereinten Nationen zugrundeliegenden Charta enthalten sind.

Bestimmte Mitgliedsstaaten glauben, dass sie ihr Handeln nach dem Gesetz des Dschungels ausrichten können, und sie verteidigen das Recht der Stärksten, völlig ungestraft tun und lassen zu können, wonach auch immer ihnen ist, und niemand gegenüber Rechenschaft ablegen zu müssen. Sie glauben, den Multilateralismus verwerfen und die Vorzüge des Unilateralismus proklamieren zu können, während sie gleichzeitig von ihren privilegierten Sitzen im Sicherheitsrat aus schamlos hochtrabend davon sprechen, dass es für alle Mitgliedsstaaten notwendig ist, gewissenhaft die ihnen aus der Charta erwachenden Pflichten zu erfüllen oder dafür bestraft zu werden, es nicht zu tun. Die unumschränkte Gleichheit aller Mitgliedsstaaten und die Pflicht, Kriege zu verhindern, sind für sie Nebensächlichkeiten, die man nicht weiter ernst nehmen sollte.

All dies und viele andere ebenso gravierende Anomalien haben viele zu der Überzeugung gebracht, dass eine Reform der Vereinten Nationen notwendig ist. Aber während dieses Jahres als Präsident der 63. Vollversammlung bin ich zu dem Schluss gekommen, dass der Zeitpunkt zur Reformierung oder Nachbesserung unserer Organisation bereits verpasst wurde. Wir müssen sie neu definieren, und wir müssen es dringend tun – ad majorem gloriam Dei, was heissen soll, zum Wohle der Erde und der Menschheit.

(Quelle: «junge Welt». Aus dem Englischen von Jürgen Heiser.)



Patchwork am letzten Marche mondiale des Femmes. Foto zvg.

Fortsetzung von Seite 1 («Marche»...)

liche Güter und Dienstleistungen, Frieden und Entmilitarisierung, Frauenarbeit, Gewalt gegen Frauen.

Diese Aktionen sind eine Gelegenheit, unsere Identität als Bewegung zu stärken und unsere Zusammengehörigkeit über Grenzen hinweg zu erfahren. Unsere Stärke beruht auch darauf, dass wir Frauen mit unterschiedlichen Erfahrungen, politischen Kulturen und Ethnien sind, jedoch mit dem gemeinsamen Ziel, die herrschende ungerechte Ordnung zu überwinden, die Gewalt und Armut hervorbringt.

Die Vorbereitungen laufen in vielen Regionen der Welt bereits auf Hochtouren. Anfang Oktober traf sich das internationale Komitee in Québec und Ende Oktober tagte das europäische Komitee in Thessaloniki, Griechenland. An diesen Treffen werden die internationalen Aktivitäten vorbereitet.

Die gemeinsame Europäische Aktion wird am 30. Juni in Istanbul stattfinden, mit einem Forum zu den vier Themenkreisen, einem Marsch und verschiedene weitere Anlässen. Auch

## Israel und Palästina

## Der Hund hat nicht gebellt

Barak Obama benötigt ein Erfolgserlebnis. Es wird gesagt, er habe bis jetzt keinen einzigen Erfolg in der internationalen Arena gehabt. Hier endlich ist ein Erfolg. Netanyahus Einfrieren – pardon, Einschränkung – pardon, Suspendierung – der Siedlungsaktivitäten.

Von Uri Avnery

Thomas Friedmann, Reporter der New York Times hat eine Idee. Das passiert ihm ziemlich oft, man könnte fast sagen zu oft.

Er schlägt folgendes vor: Die USA werden dem israelisch-palästinensischen Konflikt den Rücken zukehren. Die ganze Welt wird ihnen folgen. Denn jeder ist dieses Konfliktes längst überdrüssig. Lasst die Israelis und die Palästinenser doch ihre Probleme alleine lösen!

Das klingt ganz vernünftig. Warum soll sich die Welt weiter mit den zwei ungezogenen Kindern herumärgern. Sollen sie sich doch herumschlagen, soviel wie sie wollen. Die Erwachsenen sollten nicht dazwischen gehen.

In Wirklichkeit ist dies jedoch ein ungeheurer Vorschlag. Weil diese beiden Kinder nicht gleich stark sind. Wenn ein Erwachsener einen 14-Jährigen sieht, wie er einen sechsjährigen gnadenlos misshandelt – kann er da denn nur zusehen?

Israel ist materiell hundertmal, ja eigentlich tausendmal stärker als die Palästinenser. Die viert stärkste Armee der Welt – nach seiner eigenen Schätzung – beherrscht das Leben eines hilflosen Volkes. Die israelische Wirtschaft beherrscht mit einigen der fortschrittlichsten Techniken der Welt ein Volk, dessen Ressourcen gleich Null sind. Eine 42 Jahre anhaltende Besatzung beherrscht jeden Winkel des besetzten Palästina.

Dies geschah nicht durch ein Wunder. Die grosse Kluft zwischen den Kräften der beiden Völker ist durch Unterstützung der USA für Israel geschaffen worden. Israel wäre heute nicht da, wo es jetzt ist, ohne diese politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung. Die Milliarden Dollars jährlicher Hilfe, der Zugang zur fortschrittlichsten Militärausrüstung der Welt, die politische Immunität durch das Veto der USA im Sicherheitsrat, und all die anderen Arten von Unterstützung haben Israels Regierungen sukzessive geholfen, die Besatzung aufrecht zu erhalten und zu intensivieren.

Friedman schlägt nicht vor, diese Unterstützung abbrechen, die in diesem Konflikt an sich schon ein massiver Eingriff wäre und die stärkere Seite begünstigt. Wenn er vorschlägt, die USA möchten sich aus dem Konflikt herausziehen, sagt er tatsächlich: lasst die israelische Regierung tun, was sie tut – die Besatzung fortführen, neue Siedlungen bauen, das Land unter den Füßen der Palästinenser wegziehen, mit der mörderischen Blockade weitermachen, die 1,5 Millionen Palästinensern im Gazastreifen – Männern, Frauen und Kindern – fast alles zum Leben Notwendige verweigert.

Dies ist ein ungeheurer Vorschlag. Der Prophet Jesaja (11,6) beschreibt eine Situation, wo der Wolf neben dem Lamm liegen soll (israelischer Humor kommentiert: Kein Problem, vorausgesetzt, jeden Tag wird ein neues Lamm gebracht.) Nun schlägt der Prophet Thomas vor, der Wolf und das Lamm sollen ihre Probleme untereinander regeln.

## Falsches Bild

Binjamin Netanjahu hätte sich in seinen wildesten Träumen nichts Besseres wünschen können. Mittlerweile ist er mit weniger zufrieden: Barak Obama akzeptiert seinen letzten Trick.

Mit gequältem Gesicht steht Netanyahu nun vor dem Volk und erzählt

uns von der unmenschlich schwierigen Entscheidung, die Siedlungsbauaktivitäten zu suspendieren.

Die ganze Welt applaudiert. Wunderbar! Netanyahu opfert seine heiligsten Prinzipien auf dem Altar des Friedens. Er hat einen phantastischen Schritt gemacht. Nun ist es an den Palästinensern, mit einer grosszügigen Geste zu reagieren.

Aber an diesem Bild ist etwas falsch und muss erklärt werden.

Sherlock Holmes sprach über einen seltsamen Vorfall mit dem Hund während der Nacht. «Aber der Hund hat nachts doch gar nichts gemacht» wurde ihm gesagt. «Genau das ist der seltsame Vorfall», antwortete der Detektiv.

Man hätte vermuten können, dass nach einer so dramatischen Ankündigung des Likudführers die Siedler ohrenbetäubenden Lärm gemacht hätten, Unruhen auf den Strassen in allen Städten ausgebrochen, die Strassen in den besetzten Gebieten blockiert worden wären und eine Rebellion der Siedler im Kabinett und in der Knesset stattgefunden hätte.

Aber der Hund hat gar nicht gebellt. Kaum ein Jaulen – nicht einmal zum Schein. Die Kultusministerin Limor Livnat öffnete ihr grosses Mundwerk und erklärte, die Obama-Regierung sei «schrecklich». Das war mehr oder weniger alles. Der Siedlerminister Avigdor Lieberman stimmte sogar für die Entscheidung im Kabinett, so auch der extremistische Likudminister Benny Begin, Sohn des verstorbenen Ministerpräsidenten.

Begin erklärte sein seltsames Verhalten sogar im Fernsehen: er habe keinen Grund, dagegen zu stimmen. Schliesslich sei es ja nur eine Geste zur Beruhigung von Obama. Sie habe keinen wirklichen Inhalt. Das Bauen «öffentlicher Gebäude» würde weitergehen (etwa 300 neue Wohnungen sind allein in dieser Woche genehmigt worden). Das Bauen von Häusern, deren Fundamente schon gelegt seien, würde weitergehen (mindestens 3000 Wohnungen in der Westbank). Und was besonders wichtig ist: es gibt absolut keine Begrenzung bei der Bautätigkeit jüdischer Gebäude in Ostjerusalem, wo jetzt an einem halben Dutzend Örtlichkeiten mitten im arabischen Stadtteil rasant weitergebaut wird. Und abgesehen davon: die Bauseite wird nur zehn Monate dauern. Begin versprach, das Bauen würde



INFORMATIONSVANSTALTUNGEN

BEGLEITEN UND SCHÜTZEN  
ALS MENSCHENRECHTS-  
BEOBACHTER/IN

BERN Sa, 30. Januar, 13.30–16.30 Uhr  
Aki, Alpeneggstrasse 5, 3012 Bern

ZÜRICH Sa, 6. Februar, 13.30–16.30 Uhr  
Kulturhaus Helferei, Kirchgasse 13  
(beim Grossmünster), 8001 Zürich

PWS, Zürich  
044 272 2788  
info@peacewatch.ch

PBI, Bern  
031 372 4444  
info@peacebrigades.ch



dann in vollem Schwung wiederaufgenommen.

Dies würde die Siedler nicht beruhigt haben, wenn sie nicht wüssten, was jeder Israeli weiss, dass dies alles Schwindel ist. Das Bauen wird überall im Stillen weitergehen im Einverständnis mit den Funktionären und den geschlossenen Augen der Armee. Man wird behaupten, dass es schon Baugenehmigungen gebe, dass die Grundmauern schon liegen (an vielen Orten liegen sie tatsächlich schon – nur für den Fall, dass ...). So war es in der Vergangenheit unter den Regierungen von Labor genau wie unter Kadima, und so wird es weitergehen. In dieser Woche wurde bekannt, dass in der ganzen Westbank 14 (vierzehn!) Regierungsinspektoren Bauaktivitäten überwachen.

Im selben Fernsehprogramm sass Yossi Beilin neben Begin. Man hätte erwarten können, dass wenigstens er den Schwindel aufdeckt – aber nein. Beilin lobte Netanyahu für seine tapfere Tat und sah darin einen verheissungsvollen Neuanfang. Auf diese Weise half er die Weltmeinung zu gewinnen und die Gemüter der israelischen Naivlinge zu beruhigen. Man kann sich kaum ein traurigeres Exempel über den Kollaps der «zionistischen Linken» vorstellen. Die Genfer Initiative ist zum Jerusalem-Betrug geworden.

Auch die grösste Oppositionspartei hat sich diesem Chor angeschlossen. Zipi Livni, die den beeindruckenden offiziellen Titel «Führerin der Opposition» trägt, murmelte etwas Unverständliches und legte sich schlafen.

## Hinterrücks wird gelacht

Und Obama? Er kapitulierte noch einmal. Nachdem er seine ursprüngliche Forderung eines völligen Einfrierens des Siedlungsbaus aufgegeben hatte, hatte er keine andere Wahl noch einmal nachzugeben. Er reagierte auf die schäbige Vorführung Netanyahus, als ob sie ein grosses Drama wäre.

Obama benötigt ein Erfolgserlebnis. Es wird gesagt, er habe bis jetzt keinen einzigen Erfolg in der internationalen Arena gehabt. Hier endlich ist ein Erfolg. Netanyahus Einfrieren – pardon, Einschränkung – pardon, Suspendierung – der Siedlungsaktivitäten.

Mein Vater lehrte mich in meiner Jugend, dass man einem Erpresser nie nachgeben solle. Wenn man erst einmal nachgegeben hat, ist man verurteilt, immer wieder nachzugeben, obwohl die Forderungen des Erpressers immer grösser werden. Wenn man einmal der Israel-Lobby nachgegeben hat, muss Obama ihr immer wieder nachgeben.

Man kann ihn und seine Mitarbeiter fast nur bemitleiden. Solch eine eindrucksvolle, zähe und so erfahrene Gruppe – sie kehrten aus Jerusalem zurück wie Napoleons Armee von Moskau.

Wir sahen, wie der arme George Mitchell, der Mann, der zwischen den mörderischen Fraktionen in Irland den Frieden erreichte, nach Jerusalem kam. Und kam und kam und kam. Er kam als Vertreter der verbliebenen einzigen Weltmacht, um den Israelis und den Palästinensern zu sagen, was sie tun müssten. Er war zäh. Er diktierte Termine.

Israels Regierungsvertreter lachten hinter seinem Rücken. Sie sind an solche Leute gewöhnt. Man hat sie schon zum Frühstück verspeist. Erinnert man sich an William Roger, Nixons Aussenminister und seinen Friedensplan? Und an den grosse Henry Kissinger? Und sogar an James Baker, der versuchte, uns wirtschaftliche Sanktionen aufzuerlegen? Und an Bill Clintons «Richtlinien»? Und an die



«Vision» des George Bush? Der politische Friedhof ist voll mit amerikanischen Politikern, die versuchten, Israel in die Schranken zu weisen, ohne bereit zu sein, die nötige Macht auszuüben. Welcome, George! Schön, dich noch mal zu sehen, Hillary.

Das Pathetische daran ist, dass Netanyahu Obama nicht einmal täuscht. Der amerikanische Präsident weiss genau, dass dies alles ein Spiel ist. Er ist sehr intelligent, aber er ist nicht mutig. Denn für die Linsensuppe eines angeblichen Erfolges hat er sein politisches Erstgeburtsrecht verkauft. Selbst George Bush erhielt von Ariel Sharon eine Zusicherung, dass alle Siedlungen aufgelöst würden, die nach März 2001 errichtet wurden (eine Zusicherung – unnötig zu sagen – die nicht gehalten wurde).

Dies ist ein grosser Sieg für Netanyahu, schon der zweite, über Obama. Noch nicht der entscheidende Sieg, aber ein Sieg, der ein schlechtes Zeichen für die Friedenschancen in naher Zukunft ist.

## Trauriger Witz

Netanyahu versuchte nicht einmal, die Palästinenser zu täuschen. Er wusste, dies ist unmöglich.

Jeder Palästinenser versteht Netanyahus Ankündigung nur zu gut. Er muss nur aus seinem Fenster schauen, um zu sehen, was dort geschieht. Schliesslich wird Israel keine Milliarden in neue Gebäude investieren, wenn es beabsichtigt, die Siedlungen innerhalb von ein oder zwei Jahren um des Friedens willen wieder abzureissen.

Es gibt kaum einen Ort in der Westbank, von wo man nah oder fern auf einer Hügelkuppe nicht eine Siedlung sehen kann. An manchen Stellen kann man sogar zwei oder drei sehen. Kommt man näher, sieht man, wie die Bautätigkeit offen oder heimlich in vollem Schwung ist, die «legale» wie die «illegale».

Und was noch wichtiger ist: es gibt keinen palästinensischen Verantwortlichen, der mit dem anhaltenden Bauen in Ost-Jerusalem einverstanden sein kann. Der Bau von jüdischen Hausprojekten geht weiter, während palästinensische Häuser zerstört werden, das «archäologische» Graben geht genau so weiter wie alle anderen Aktivitäten, um Jerusalem zu «judaisieren» – geradeheraus gesagt: um Jerusalem «araberrein» zu machen.

Wenn Obama gegenüber Netanyahu kapituliert, dann kann Mahmoud Abbas nichts tun. Wenn die Amerikaner von den Palästinensern verlangen, sie sollen auf Netanyahus «bedeutenden» Schritt mit einem eigenen bedeutsamen Schritt reagieren, dann ist dies nichts als ein trauriger Witz. Die Amerikaner helfen Netanyahu den Ball in den palästinensischen Hof zu kicken und fragen mit frommem Augenaufschlag, warum die Palästinenser nach solch bedeutsamer Geste den «Friedensprozess» nicht wieder aufnehmen.

## Die Aufgabe des Knaben

Aber Abbas kann keine Verhandlungen beginnen, solange der Siedlungsbau nicht völlig eingefroren ist, besonders in Jerusalem. Der einzige Dialog zwischen Israelis und Palästinensern findet jetzt mit der Hamas statt. Der Gefangenaustausch nähert sich seiner Entscheidung. Der letzte Zankapfel ist die Befreiung des Fatahführers, Marwan Barghouti, der fünfmal lebenslang bekommen hatte.

Wenn der Handel perfekt gemacht und Barghouti befreit würde, würde dies eine zusätzliche Demütigung für Abbas sein. Man wird sagen, dass die Hamas und nicht er zur Befreiung des Fatahführers beigetragen habe. Der befreite Barghouti wird handeln, um die Spaltung zwischen der Fatah und der Hamas zu überwinden, und er wird ein glaubwürdiger Kandidat für die Präsidentschaft der palästinensischen Behörde sein. Dann wird ein neues Kapitel des Konfliktes beginnen.

Es lohnt sich, den vollen Text aus der Jesaja-Prophetie zu lesen: «...da wird der Wolf bei den Lämmern wohnen, und der Panther bei den Böcken liegen. Ein kleiner Knabe wird Kälber und junge Löwen und Mastvieh mit einander treiben.»

Die Aufgabe des Knaben – so scheint es – fällt auf Obama. Wenn er – Gott bewahre – Friedmans Rat annimmt, und die Szene verlässt, dann wird die Vision zu einem Alptraum. Die israelische Regierung wird die Unterdrückung verstärken; die Palästinenser werden sich einem hemmungslosen Terrorismus zukehren; die ganze Welt wird in blutiges Chaos versinken.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert. Zwischen-titel UW)

## Beeindruckende Begegnung mit Justice Richard Goldstone

## Wie zwei Schiffe in der Nacht...

Auf Einladung des Kompetenzzentrum Friedensförderung KOFF von swisspeace nahm Jochi Weil-Goldstein am 14. Oktober 2009 an einer Begegnung mit Richter Richard Goldstone in Bern teil. Wir dokumentieren Jochis Bericht über das Treffen, das nach seinen Worten für alle Anwesende sehr beeindruckend war.

## Von Jochi Weil-Goldstein

Ziel der Veranstaltung war es, zusammen mit staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen den vorliegenden UN-Untersuchungsbericht zu diskutieren und zu bewerten. Zusammen mit ca. 20 VertreterInnen von Organisationen mit konkreten Projekten im Nahen Osten sollten sodann Möglichkeiten besprochen werden, wie die Umsetzung der im Bericht gemachten Empfehlungen unterstützt werden kann.

Ein erster Punkt der Diskussion war die etwas schwierige Vorgeschichte dieser Untersuchung. Ein erstes Mandat des UN-Menschenrechtsrats war einseitig formuliert. Ein auf diesem Mandatsentwurf basierter Bericht wäre sicherlich – und zurecht – als einseitige Anschuldigung Israels betrachtet worden. Als der Untersuchungskommission das Recht eingeräumt wurde, ein aus ihrer Sicht ausgewogenes Mandat zu formulieren, welches dann auch vom Menschenrechtsrat (HRC) akzeptiert und übernommen wurde, stand diesem Punkt nichts mehr im Weg. Einige Teilnehmer betonten, dass sie zu diesem Zeitpunkt optimistisch waren, da zum ersten Mal ein richtig ausgeglichenes Mandat aus dem HRC vorlag. Dieses hätte auch für Israel eine gute Gelegenheit dargestellt seine Sichtweise und Argumente vorzubringen, und zwar zu den Ereignissen «vor, während, und nach» – so ist das Mandat formuliert – der Operation «Gegossenes Blei» in Gaza. Bei der Arbeit der Kommission ging es nicht darum, zu untersuchen, ob der Krieg berechtigt gewesen sei oder nicht.

Die Regierung Netanyahu verweigerte jedoch trotzdem jegliche Zusammenarbeit mit der Untersuchungskommission. Teilnehmer im Raum spekulierten, dass dies wohl der Fall war, weil Israels Regierung wusste, dass einige der Aktionen im Gazakrieg internationalen Standards nicht entsprechen würden. Diese Rückweisung hatte negative Folgen für die Kommission, weil diese nicht nach Israel reisen konnte und die Einreise über Ägypten erfolgte.

## Zur Methode

Es wurde versucht, diesen Mangel an Kooperation Israels auszugleichen und die Raketenangriffe auf Israel mit einzubeziehen. In Genf wurden auch ZeugInnen befragt und öffentliche Anhörungen durchgeführt unter Einbezug der Stimmen von Opfern aus Israel und der Westbank. Über die Anhörungen in Gaza wurde z.T. live in Al Jazeera berichtet. Die Kommission führte 45 Telefoninterviews mit Opfern aus Israel. Zweimal war diese in Gaza. Die Mitglieder sahen die Schäden in Gaza. Es standen Berichte von PalästinenserInnen und Israeli zur Verfügung, z.B. der von «Breaking the Silence», Physicians for Human Rights PHR-Israel und B'Tselem. Es wurde festgehalten, dass NGOs in der Region sehr effiziente und qualitative hochstehende Arbeit (z.B. im Bereich Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen) leisten würden. Sechs Monate nach dem Krieg haben sich die Dinge in Gaza kaum verändert. Da durch die anhaltende Blockade z.B. kein Zement eingeführt werden darf, kann nicht gebaut werden. Insgesamt wurden 188 Interviews geführt, und es existieren ca. 10'000 Seiten Dokumente.

Die gewonnenen Informationen wurden auf Fakten hin geprüft (z.B.

durch andere vorliegende Berichte, oder mittels Bildern der UN-eigenen Satelliten-Abteilung). Kreuzverhöre gab es keine. Die Untersuchung begrenzte sich nicht auf Gaza. Beendet war die Mission am 25.06.09. Inhaltlich ging es um die Auswahl wichtiger Vorfälle die eine grosse Opferzahl nach sich zogen. Es wurden 36 solcher Vorfälle untersucht. Dabei folgten Besuche bei Familien zuhause. Besichtigt wurden zerstörte Häuser und eine Mehlfabrik, die erst nach der dritten telefonischen Ankündigung bombardiert wurde. 80% der Gewächshäuser und Hühnerfarmen wurden zerstört, wobei Tausende von Hühnern getötet wurden.

Alle drei Parteien erhielten Fragen von der Kommission. Israel hat diese ignoriert. Die PA hat die Fragen über Verletzungen der Menschenrechte ignoriert. Hamas brachte zum Ausdruck, dass sie (als politischer Akteur) mit den Raketen nichts zu tun habe...

Der HRC hat den ganzen Bericht angenommen. Es gab keine Einsprüche gegen das Mandat der Kommission.

Israel legte einen eigenen 160-seitigen Bericht vor, der aber keine der Fragen der Untersuchungskommission beinhaltet. Es wurde das Bild entworfen, dass die beiden Berichte so seien, wie wenn sich zwei Schiffe in der Nacht kreuzen würden...

Teilnehmer äusserten auch ihre Ansicht, dass es heute in der palästinensischen Bevölkerung Gazas mehr Unterstützung für Hamas gebe als vor dem Krieg.

## Die Empfehlungen

Die Kommission empfiehlt, Israel solle die Vorfälle von sich aus selber untersuchen, begleitet durch ein Monitoring seitens des Sicherheitsrates. Hamas solle dies ebenfalls tun, vor allem bezüglich der Raketenangriffe. Wenn dies nicht fruchte, bleibt der Internationale Strafgerichtshof ICC in Den Haag. Für den Sicherheitsrat ist es schwierig eine Resolution zu verabschieden und ein Land aufzufordern, sich selber zu untersuchen. Untersucht werden müssen die verwendete Munition sowie der weisse Phosphor, welcher grosse Schäden z.B. in einer Einrichtung der UNWRA und schreckliche Verletzungen verursacht habe. Zu untersuchen sind im Weiteren die Umweltschäden durch Schwermetall Munition, die den Boden zerstören, vergiften.

In der weiteren Diskussion kamen folgende Punkte zur Sprache:

- die von der jüdischen Seite betriebenen Diffamierungen der Untersuchungskommission und insbesondere des Leiters Richard Goldstone. Nicht selten machten diese Angriffe den Eindruck, gut orchestriert zu sein.
- die Kontakte der Kommission zu Ministerpräsident Hanija in Gaza, die von aussen her vermittelt wurden,
- die Tatsache dass für israelische NGOs die Arbeit immer schwieriger wird, da die israelische Regierung will, dass die finanzielle Unterstützung (z.B. an «Breaking the Silence») aus dem Ausland gestoppt wird.
- die Kritik an der Qualität des Berichts von Seiten der US-Administration. Diese Kritik wurde aber nur sehr pauschalisierend vorgebracht

## Was bringt der Bericht?

Die Teilnehmer am Treffen trugen die folgenden Punkte zusammen:

Es gab viele Berichte in israelischen Zeitungen, nicht nur in Ha'aretz, son-

dern auch in den Yediot Achronot, der grössten Tageszeitung in Israel.

NGOs leisten vor Ort eine wichtige Arbeit. Der Bericht der Kommission könnte für diese Organisationen ermutigend sein.

Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass im HRC keine einseitige Resolution zustande kommen sollte. Eine solche würde die Wirkung des Berichts zerstören.

Der Bericht könnte mithelfen, das Recht herzustellen. Es wurde in diesem Zusammenhang an das späte Gerichtsverfahren gegen Augusto Pinochet in Chile erinnert, und daran, dass die Opfer immer Gerechtigkeit verlangen.

Es besteht nach Ansicht der Anwesenden die Hoffnung, dass dieser Bericht die Art der Kriegsführung in dicht besiedeltem Gebiet positiv beeinflussen könne. Er könnte also von militärischen Ausbildungsschulen als Grundlage genommen werden.

Im Bericht werden Abbas und die Palestinian Authority PA schwer kritisiert. Die Hamas haben eine Regierung in Gaza und Gerichte, die Untersuchungen durchführen könnten.

## Was könnten wir hier tun?

Der Bericht nimmt unter anderem auf die 4. Genfer Konvention zum Schutze der Zivilbevölkerung Bezug. Diesbezüglich könnte die Schweiz Einfluss auf den HRC nehmen, indem Empfehlungen gemacht werden.

Betont werden sollte, dass Hamas im Prinzip die Zwei-Staaten-Lösung aufgrund der UNO-Resolutionen 242 und 338 akzeptiere.

Schweizer Entwicklungsorganisationen könnten sich in Kooperation mit gleich gesinnten Akteuren/Regierungen darauf konzentrieren, die Versorgung auf lokaler Ebene in Gaza zu verbessern. Interessant ist die Praxis von Dänemark und Holland, die auf lokaler Ebene mit palästinensischen Behörden zusammen arbeiten.

Hingewiesen wird auf eine Petition von Jüdinnen und Juden, die den Goldstone Bericht unterstützen.

Die Palästina-ParlamentarierInnengruppe unter dem Vorsitz von Nationalrat Andrea Hämmerle, die 17 Mitglieder umfasst, und die Gesellschaft Schweiz-Israel und andere Engagierte könnten über dieses Treffen der Schweizer Akteure mit Richter Goldstone informiert werden.

Die Ausreise von verantwortlichen israelischen Politikern wird immer schwieriger, weil ihnen in verschiedenen Ländern Verhaftung drohe, z.B. in England, Belgien und Spanien.

Ein Verfahren beim ICC komme vermutlich nicht zustande. Wenn Palästina ein Staat wäre, würde die Situation wohl anders sein.

Aus dem TeilnehmerInnenkreis wurde die Anregung gemacht, ein spezielles Tribunal zu schaffen. Ein solches Gericht könnte RichterInnen aus Israel, Palästina und andern Ländern umfassen.

## Friede ohne Gerechtigkeit?

Aufgrund meiner Erfahrungen als nebenamtlicher Arbeitsrichter hat Goldstone mit der angewandten Methodologie dem Prinzip der Untersuchungsmaxime, der Klärung von Sachlagen in allen Richtungen, so weit die Umstände und die Machtverhältnisse dies bei der schwierigen Factfindingarbeit erlaubten, nachgelebt.

Ich bin tief beeindruckt über die Redlichkeit dieses Mannes, der über grosse Erfahrungen in Untersuchungen in Südafrika, Ex-Jugoslawien, Kosovo etc. verfügt. Sein Leitsatz lautet: Friede wird ohne Gerechtigkeit nicht möglich sein.

(Titel und Zwischentitel: UW)



## Aufruf aus dem Gazastreifen

## Marschieren für Gaza

Um die 1 000 Frauen und Männer, darunter etwa zehn aus der Schweiz, werden Ende Jahr aus aller Welt via Kairo nach Rafah in den Gazastreifen reisen, um von Izbet Abed Rabbo aus – einem Gebiet, das während der israelischen Angriffe im vergangenen Winter verwüstet wurde – Richtung Erez zum Grenzübergang nach Israel am nördlichen Ende des Gazastreifens zu marschieren.

## Von Rami Almeghari

«Vom belagerten Gazastreifen aus rufen wir alle Friedliebenden auf der ganzen Welt zur Teilnahme an unserem Gaza Freiheitsmarsch gegen die repressive israelische Blockade von 1,5 Millionen Einwohnern des Gazastreifens auf», – so Mustafa al-Kayali, Koordinator des Organisations-Komitees für den Gaza Freedom March.

«In den vergangenen Monaten, seit dem Ende des 22-tägigen israelischen Krieges gegen den Gaza-Streifen, haben wir vom Komitee – das die Zivilgesellschaft hier in Gaza vertritt – die Organisation eines solchen Marsches geplant; im Versuch, die dreijährige lähmende israelische Blockade der Küsten-Enklave zu beenden», erklärte al-Kayali.

## Aktionen in der Schweiz

Um den Gaza Freedom March und die Auswirkungen der Blockade in der Schweiz bekannt zu machen, um an den Krieg und seine Folgen vor einem Jahr zu erinnern und um die Schweiz an die Aufgaben als Depositärstaat der Genfer Konventionen zu erinnern, sind zwischen dem 27. Dezember und dem 2. Januar auch hierzulande verschiedene Aktionen geplant. Auftakt bildet eine Mahnwache am Sonntagabend, 27. Dezember 2009 in Bern, am Jahrestag zu Beginn des Gazakriegs vor einem Jahr. Auf einem Platz sollen ca. 1'400 Kerzen in Erinnerung an die getöteten PalästinenserInnen und 13 an die getöteten Israeli aufgestellt und angezündet werden – ein Lichtermeer im Gedenken. Am gleichen Abend findet eine Aktion in Genf und möglicherweise eine in Lugano statt. In der Folge sollen in verschiedenen Schweizerstädten regional ähnliche Aktionen durchgeführt werden.

Nähere Infos im Web unter [www.gaza-freedom-march.ch](http://www.gaza-freedom-march.ch)

An der Demonstration werden über tausend Teilnehmer aus der ganzen Welt erwartet, einschliesslich etwa 800 Personen aus den Vereinigten Staaten. Viele der Teilnehmenden aus den USA sind Mitglieder der Friedensgruppe Code Pink.

Der Marsch findet am 1. Jahrestag des verheerenden israelischen Angriffes statt, bei dem mehr als 1 400 Menschen im Gazastreifen getötet wurden, die meisten davon Zivilisten. Durch die Route Richtung Erez wollen die Veranstalter Israels Verantwortung für die Belagerung deutlich machen. «Erez ist das Haupttor vom Gazastreifen in den israelischen Apartheid-Staat», sagte al-Kayali, «also ist

der Marsch dorthin auch ein Signal der internationalen Ablehnung der Aktionen des israelischen Apartheid-Regimes.»

Mehrere Organisationen unterstützen den Marsch, so die palästinensische Kampagne für den akademischen und kulturellen Boykott von Israel, die internationale Kampagne für das Ende der israelischen Belagerung, der palästinensische Arbeiterverband, das Sharek Jugendforum und das Palästinensische Netzwerk Nicht-staatlicher Organisationen (PNGO).

Dima al-Meshal vom Sharek Jugendforum in Gaza hat dabei geholfen, den Gaza Freedom March unter Jugendgruppen in Gaza bekannt zu machen. Die Medizin-Studentin sagte, dass der Marsch die Entschlossenheit des palästinensischen Volkes widerspiegelt, sich der israelischen Unterdrückung mit friedlichen Mitteln zu entledigen.

«Wir werden den Zustand des Gaza-Streifens als Ganzes beleuchten», sagte al-Meshal. «Wir haben eine Botschaft, dass wir ein Volk sind, welches in Würde leben möchte. Dies ist das erste Mal überhaupt, dass die Palästinenser sich (in so grosser Zahl) treffen, um zusammen mit Menschen aus anderen Ländern ihr «Nein» zur Unterdrückung zu äussern.»

Junge Menschen im Gaza-Streifen sind in erster Linie für «ein besseres Leben und eine bessere Zukunft motiviert. Wir wollen uns nicht um Lebensmittel oder andere alltägliche Dinge kümmern müssen. Ich will einfach nur normal leben, wie viele andere auf der Welt auch.»

In den letzten Monaten haben die Menschen in Gaza den Eindruck gewonnen, dass die internationale Gemeinschaft begonnen hat, ihre Aufmerksamkeit anderswo hin zu lenken und die Belagerung von Gaza weniger beachtet. Nur wenige internationale Medien interessieren sich für die Situation hier.

Al-Kayali hofft, dass der Marsch Anlass sein wird, dass sich dies ändert: «Wir bitten die Menschen aus aller Welt, die zu uns kommen, ihren Besuch nicht als Tourismus zu betrachten. Vielmehr sollten sie eine unmittelbare Botschaft von hier an die Menschen zu Hause und an die dortigen Organisationen oder Regierungen vermitteln.»

Rami Almeghari ist Journalist und Universitäts-Dozent, mit Basis im Gazastreifen. (Quelle: Electric intifada. Übersetzung: [www.gaza-freedom-march.ch](http://www.gaza-freedom-march.ch). gekürzt durch die Red.)

## Neuer Webauftritt



Die Schweizerische Friedensbewegung SFB hat einen neuen Webauftritt erhalten! Besuchen Sie uns unter [www.friedensbewegung.ch](http://www.friedensbewegung.ch)!

## Neue Textsammlung zum Thema Kriegsspiele / Killerspiele

## Kriegsgebiet Kinderzimmer

Buchbesprechung von Interpixel (Hrsg.): *Mega Buster. Kriegsgebiet Kinderzimmer: Eine Intervention zu Gewalt, Gesellschaft und Entwaffnung. Künstlerbuch und Themenreader, herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Friedensrat und der Zeitschrift «VPOD-Bildungspolitik» unter dem Patronat von Pro Juventute, 256 Seiten, 16 Abb., 23 x 15 cm, Broschur, edition fink, Zürich 2009, Fr. 28.–*

## Von Antoinette Mächtlinger

«Der Mann kniet vor mir nieder und blickt mir in die Augen; ich muss schauen, dass ich nicht zu viel Munition verbrauche: Wenn ich genau die Mitte seiner Stirn treffe, gibt es zwei Bonuspunkte.»

So schildert ein Jugendlicher seine Spielerfahrung im Gespräch mit Interpixel. Das Künstlerduo Interpixel (Philippe Sablonnier und Eva-Maria Würth) fungiert als Herausgeber der vorliegenden Textsammlung, beschreibt darin aber auch konkrete eigene Aktionen. Fachleute aus Ethik, Recht, Medizin, Psychologie, Pädagogik, Soziologie und Medienwissenschaft (Elisabeth Baumgartner und Carolin Würzner, Lutz-Ulrich Besser, Barnaby Drabble, Bernhard Hauser, Donata Maria Krethlow-Benziger, Michael Marugg, Dorothee Messmer, Elke Ostbomk-Fischer, Brita Polzer, Jean-Daniel Strub, Stephan Truninger und Anja Meyerrose) beleuchten aus ihrer jeweiligen Perspektive das Thema Gewalt im Kinderzimmer. Dabei sind Überschneidungen unvermeidlich und in keiner Weise störend. Im Gegenteil: Indem die Ergebnisse zahlreicher empirischer Untersuchungen in unterschiedliche Zusammenhänge gestellt werden, prägen sie sich ein. (Es sollen über 3500 Studien vorliegen, die den Zusammenhang zwischen dem Konsum von Mediengewalt und gesteigerter Aggressivität belegen). Die Autorinnen und Autoren verstehen es, komplizierte Befunde verständlich und einleuchtend darzustellen. Jedem Kapitel ist eine Inhaltsangabe vorangestellt.

Im zweiten Teil des Buches werden die sorgfältig geplanten, wirkungsvollen Entwaffnungsaktionen («Mega Buster») von Interpixel beschrieben, und die beiden Künstler kommen in einem Interview selbst zu Wort. Hier erfährt man beispielsweise, wie das Duo mit einem Koffer voll Waffen in Schulklassen auftaucht und wie es die Kinder dazu bringt, die eigenen Spielzeugwaffen abzugeben, die dann öffentlich mit einem Bulldozer verschrottet werden. Auch in der originellen grafischen Gestaltung des vorliegenden Buches erkennt man die Hand des Künstlerduos.

Das brisanteste Thema der Textsammlung aber ist jenes, das in letzter Zeit in den Medien die heftigsten Diskussionen ausgelöst hat und immer wieder auslöst: Killerspiele! Darauf möchte ich mich etwas näher einlassen. Auch Ruedi Tobler von «VPOD Bildungspolitik» und Peter Weishaupt vom Schweizerischen Friedensrat weisen im Vorwort auf diese Spiele hin, die «neue Realitäten» schaffen.

## Formbarkeit des Gehirns

Eigentlich wissen wir es längst, aber die internationale Hirnforschung bestätigt es nachhaltig in immer neuen Untersuchungen, die hier von Jugendpsychiater Lutz Ulrich Besser vorgestellt werden: «dass unser Gehirn über den ständigen Austausch mit seiner Umwelt geformt wird und sich selbst strukturiert.» Der Autor vergleicht das Gehirn des Säuglings mit der Festplatte eines Computers, die bei der Geburt fast leer ist. Die sensorischen und emotionalen Eindrücke, die das Kind durch die Umwelt erhält, bilden die «Software», welche die «Hardware» strukturiert, ja programmiert. Neben den Vernetzungen, die

durch Sinneseindrücke entstehen, gibt es auch genetisch bedingte Verschaltungsmuster. Ob und wie diese Potenziale genutzt werden, hängt wiederum davon ab, ob Einflüsse von aussen stabilisierend oder destabilisierend wirken. «Besonders bei sequentiellen, also wiederholten Traumatisierungen durch Misshandlungserfahrungen in Form von Vernachlässigung, physischer oder sexueller Gewalt, Kriegserlebnissen (...) werden durch die Häufigkeit und die Dauer der bedrohlichen Erlebnisse spezielle Überlebensreaktionen des Organismus auf körperlicher Ebene, im Denken, Fühlen, Spüren und Handeln verstärkt gebahnt und zu immer festeren Mustern in neuronalen Netzwerken verankert.»

## Gezielte Beeinflussung

In einigen Beiträgen wird Dave Grossman zitiert, der amerikanische Militärpsychologe, der untersucht hat, was gesunde Menschen zum Töten bewegt und was sie davon abhält. Er beschreibt die psychologischen Erkenntnisse über Soldaten, die zu Ausbildungszwecken an Computerspielen gedrillt werden, um ihre Tötungshemmung abzubauen. Eigentlich müsste schon dieses Wissen um den Ursprung der Killerspiele genügen, um Kinder von ihnen fernzuhalten. Oder spätestens die Untersuchung der Amokläufe Jugendlicher in den letzten zehn Jahren: Sie wurden nach dem Vorbild von Ego-Shooter-Spielen vorbereitet und durchgeführt. Die ständig wiederholte Ziel-Schuss-Trefferfolge am Bildschirm ist eine Reiz-Reaktion-Erfolgskoppelung mit Belohnungssystem, die zum automatisierten Handlungsmuster wird. Und das ist das Muster: «Sie demütigen, foltern, verstümmeln, zerstückeln, erschliessen und zersägen Menschen an ihren Bildschirmen.»

## Warum nicht verbieten?

So lautet ein Zwischentitel im Artikel von Elke Ostbomk-Fischer, Dozentin für angewandte Sozialwissenschaft. Sie zeigt auf, dass die Branche der Computerspiele allein in Deutschland einen Wachstumsmarkt mit Milliardenumsatz darstellt, auf den die Politiker nicht verzichten möchten. So besteht ein Interesse, brutale Spiele zu verharmlosen. Von den Konzernen, die solche Spiele herstellen und vertreiben, werden Wissenschaftler gewonnen, die deren Harmlosigkeit «beweisen». Ein Beispiel: Electronic Arts Köln, einer der weltweit Grossen der Branche, gründete gemeinsam mit der pädagogischen Fachhochschule das Institut «Spielraum» zur Förderung der Medienkompetenz und zur «Weiterbildung von Eltern und Pädagogen», damit sie die Spiele als «Kulturgut» würdigen lernen. Aufgepasst: Wenn die Bestrebungen, Computerspiele als Kulturgut zu deklarieren, Erfolg haben sollten, würden die Spiele praktisch jeder Kontrolle entzogen. Das gleiche Problem stellt sich mit der Deklaration «ab 18», auch diese wird von den Vertreibern zur Verhinderung eines Verbots genutzt. Der Effekt der Deklaration ist be-

kanntlich gleich null, da die Spiele unkontrolliert weitergereicht werden.

## Was ist zu tun?

Im Beitrag «Virtuelle Verletzungen der Genfer Konventionen» wird völkerrechtswidriges Verhalten in Computerspielen untersucht. Es gibt Bestrebungen, die Produzenten zu bewegen, in die Spiele Hinweise auf die Genfer Konventionen und auf die Situation der Opfer einbauen. Überzeugender ist da der «Kölner Aufruf gegen Computergewalt». Er bezieht sich auf Deutschland, könnte aber auch für die Schweiz eine brauchbare Vorlage abgeben. Die wichtigsten Forderungen in Stichworten:

- Verbot von Herstellung und Verbreitung kriegsverherrlichender und gewaltfördernder Computerspiele
- Rücknahme verharmlosender Schriften
- Offenlegung der Finanzierung von Wissenschaftlern
- keine Erklärung zum «Kulturgut»
- keine staatliche Förderung
- Friedenserziehung

## Empfehlung

Dieses Buch sei allen den wärmstens empfohlen, denen nicht egal ist, wie unsere Kinder beeinflusst und manipuliert werden. Wer sich weiter in die Materie vertiefen möchte, wird auch mit dem dtv-Buch von Manfred Spitzer «Vorsicht Bildschirm!» fündig.

## Verbot der Kriegsmaterial-Exporte

## Verpasster Schritt zum Frieden

Mit der Absage an das Verbot von Kriegsmaterial-Exporten hätten die Schweizerinnen und Schweizer einen Schritt vom Krieg zum Frieden verpasst, meint Heinrich Frei. Aber auch beim Frauenstimmrecht habe es mehrere Anläufe gebraucht, bis die Männer Ja sagten.

## Von Heinrich Frei

Die Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterial-Exporte wurde am 29. November 2009 abgelehnt. 68,2 Prozent der Abstimmenden, fast 1,8 Millionen, legten ein Nein in die Urne und rund 836 000 Menschen befürworteten das Volksbegehren, das vom Bündnis gegen Kriegsmaterialexporte lanciert wurde und bei den Sozialdemokraten, den Grünen, den Gewerkschaften und zahlreichen pazifistischen, feministischen, kirchlichen und umweltpolitischen Organisationen sowie Hilfswerken Unterstützung fand. Den Befürwortern von Waffenexporten ist es bei dieser Abstimmung leider gelungen, aus einer Frage, bei der es um Menschenleben geht, eine Arbeitsplatzfrage zu machen. (siehe auch [www.kriegsmaterial.ch](http://www.kriegsmaterial.ch))

Die Initiative schnitt aber dennoch knapp 10 Prozent besser ab als die letzte ähnliche Vorlage im Jahr 1997. Das bislang beste Resultat erzielte ein Volksbegehren für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr im Jahr 1972 mit einem Ja-Anteil von 49,7 Prozent und 7 zustimmenden Kantonen.

## Rüstung vernichtet Arbeitsplätze

Bei der Propaganda der Kriegsgewinnler gegen die Volksinitiative wurde behauptet, der Vorstoss vernichte Arbeitsplätze. Leider haben die Medien diese irreführende Behauptung kaum in Frage gestellt. Durch die finanziellen Mittel, welche der Bund nach Annahme der Initiative während 10 Jahren zur Verfügung hätte stellen müssen, wäre es nämlich möglich gewesen bedeutend mehr Arbeitsplätze in zivilen Bereichen zu schaffen, als es heute im Bereich der Rüstungsexportindustrie der Fall ist. In abseh-



barer Zeit hätten im ökologischen Wirtschaftssektor mindestens 60 000 Arbeitsplätze geschaffen werden können, nicht zuletzt wäre dadurch die gefährliche Abhängigkeit unseres Landes von Öl-, Gas- und Uranimporten aus dem Nahen Osten, Russland und Afrika verkleinert worden.



## Exportmeister USA mit vielen Arbeitslosen

Gerade Länder, die sehr viel Kriegsmaterial exportieren, wie die USA, haben sehr viele Arbeitslose. Die USA ruiniert sich mit ihrer Rüstungsindustrie und ihren Kriegen, wie seinerzeit die Sowjetunion mit dem Krieg in Afghanistan und dem aufgeblähten Rüstungssektor. Die Arbeitslosigkeit in den USA hat nach einem Bericht der «New York Times» inzwischen das Niveau der grossen Depression der 1930er Jahre erreicht: Die «echte» Arbeitslosenquote liegt einem Bericht dieser Zeitung zufolge bei inzwischen 17,5 Prozent. Schon früher, zwischen 1968 und 1972, gingen in den USA pro Jahr 844 000 Arbeitsplätze verloren, weil der Staat während dem Vietnamkrieg Geld in die Rüstung steckte statt in den zivilen Bereich. Technisch und wissenschaft-

lich ist die USA heute ausserdem in den Rückstand geraten, weil die Forschung einseitig auf die Rüstung ausgerichtet ist. Gar nicht zu reden von der weit verbreiteten Armut in den Staaten.

## Vater ohne Verstand

Das Märchen wird auch immer noch in Umlauf gebracht, die Rüstungsindustrie sei eine «Innovative Branche». Es wurde befürchtet, im Falle dass unsere Industrie kein Kriegsmaterial mehr exportieren könnte, ginge Know-how verloren. Weiter kursiert die Legende, viele Innovationen die im zivilen Leben selbstverständlich geworden sind, hätten ihren Ursprung in der Rüstungsindustrie gehabt. Diese These, die Rüstungstechnologie sei so zu sagen der Motor des technischen Fortschritts, der Innovationen (nach dem Motto der Krieg ist Vater aller Dinge) ist absolut unhaltbar. Lediglich 13 Prozent der in der militärischen Forschung entwickelten Patente in den USA wurden auch kommerziell genutzt, während dies in der zivilen Forschung 54% ausmacht. Es hat sich gezeigt, dass die durch die militärische Forschung abgefallenen Patente für zivile Zwecke wesentlich billiger gekommen wären, hätte man die Investitionen direkt getätigt. Eine Leserbriefschreiberin formulierte dies in Zürich in der Quartierzeitung «Der Hönninger» so: «Der Krieg ist nicht Vater aller Dinge – oder nur einer, der nicht bei Verstand ist.»

Innovationen der Schweizer Rüstungsindustrie und der bundeseigenen Rüstungsbetriebe RUAG nützen der zivilen Exportwirtschaft meist nichts. Zum Beispiel ist die Entwicklung von neuer Munition, von Bomben und neuen Granaten durch die RUAG zivil nicht verwertbar. Die bundeseigenen, subventionierten Rüstungsbetriebe RUAG würden ihre hochqualifizierten Ingenieure und Techniker heute

Fortsetzung Seite 6

Lesen Sie in der nächsten Nummer von «Unsere Welt» den Beitrag «Ansätze zu einem Verbot von Killerspielen in der Schweiz»!

Fortsetzung von Seite 5

besser für andere, zivil nützliche Entwicklungen einsetzen. Investitionen in zivilen Bereichen ergeben im Durchschnitt doppelt so viele Arbeitsplätze wie im Militär- und Rüstungsbereich.

Eine amerikanische Untersuchung zeigte auch, dass durch eine Senkung der Rüstungsausgaben um 30 Prozent, die Arbeitslosenquote um 2,1 Prozent verringert würde, wenn die hierdurch eingesparten Mittel für zivile Zwecke ausgegeben würden. Umgekehrt würde eine Steigerung um 30 Prozent der Rüstungsausgaben die Arbeitslosigkeit um 1,7 Prozent in die Höhe treiben. Die weltweite Krise heute, ist nicht nur ausgelöst worden weil Banken wie wild spekulierten und der kleine Mann in den USA sein Häuschen bis über das Dach hinaus mit Hypotheken belastete. Ein Grund der Krise sind auch die riesigen Militärausgaben der USA, und von Nato und anderen Staaten, die im Irak, in Afghanistan und Pakistan Krieg führen.

### Arbeiter gegen Rüstungsproduktion

Immer wieder wehrten sich die Arbeiter gegen die Produktion von Kriegsmaterial. An der Reichskonferenz der deutschen Rüstungsarbeiter, im März 1919, beschlossen die Delegierten, kein Kriegsmaterial mehr herzustellen. Der libertäre Sozialist Rudolf Rocker war massgeblich an dieser Entscheidung beteiligt. Nach dem Zweiten Weltkrieg demonstrierte die Arbeiterschaft der Hispano-Suiza in der Schweiz gegen eine Aufnahme der Waffenproduktion. Die Wiedereinführung einer Armee in Westdeutschland, nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde gegen den Willen der grossen Mehrheit der Bevölkerung durchgeboxt. Die Streiks und Demonstrationen gegen die Wiederaufrüstung wurden verboten, obwohl schon etwa zehn Millionen Deutsche eine Petition gegen die Wiedermilitarisierung unterschrieben hatten.

### Skandale um Kriegsmaterialexporte

Das Plakat der Jungsozialisten vor der Abstimmung, das Bundesrätin Doris Leuthard mit blutverschmierten Händen zeigte, löste Proteste aus. Es wurde geschrieben, das Plakat sei «unmoralisch», «unter der Gürtellinie», «diffamierend». Eine «Gemeinheit» sei es, wie Doris Leuthard auf so fiese Art und Weise die Mitschuld am Geschäft mit dem Tod zugeschrieben werde. Dieses Plakat zerstöre die politische Kultur. Nicht die Kriegsmaterialexporte waren also der Skandal, sondern ein Plakat. Da der Gesamtbundesrat jeweils Rüstungsexporte von über einer Million Franken gemeinsam bewilligt, hätte man auf dem Plakat alle Bundesrätinnen und Bundesräte, inkl. Ex-Bundesräte, abbilden müssen. Allein von 1975 – 2008 exportierte die Schweiz für 12,7 Milliarden Franken Kriegsmaterial, laut der offiziellen Statistik des Bundes. Diese Rüstungsgüter wurden zu einem grossen Teil in Spannungsgebiete geliefert und an Staaten die Kriege führten. Waffen verkaufte unser Land auch an Regimes die foltern liessen und in Länder in denen die Menschen im Elend leben und hungerten.

In den Wochen vor der Abstimmung kamen weitere furchtbare Dinge ans Tageslicht. Hier sei einiges aufgeführt:

### Kanonen für den Iran Khomeinys

In einem Artikel des Tages Anzeiger konnten wir lesen, dass die Firma Oerlikon-Contraves bis 1997 dem Iran Khomeinys Ersatzteile für Kanonen oder sogar ganze Kanonen via Singapur lieferte. («Wie Washington auf Oerlikon feuerte» von Constantin



Schwerter zu Pflugscharen. Skulptur von Jewgeni Wutschetitsch im Garten des UNO-Hauptgebäudes in New York City. Die Skulptur zur Rüstungskonversion wurde der UNO vor genau 50 Jahren, am 4. Dezember 1959, von der Sowjetunion geschenkt und appelliert mit dem biblischen Motto an das Friedensziel der UN-Charta. (Foto Rodsan18)

Seibt, Tages Anzeiger 14. November 2009). Der Iran stand zwischen 1980 und 1988 im Krieg mit dem Irak. Seit dem Sturz des Schahs im Jahr 1979 durfte von der Schweiz dem Irak offiziell kein Kriegsmaterial mehr geliefert werden. Wie der Irak von Saddam Hussein, bekam die Armee Khomeinys, trotz Verbot, also dennoch, widerrechtlich, Kriegsmaterial von unserem Land. Daneben wurden beiden Krieg führenden und folternden Regimes, dem Iran und dem Irak, Pilatus Flugzeugen geliefert. Der Irak verwendete Pilatus Flugzeuge für Giftgasbombardierungen. Bei dem Angriff auf Halabджа fanden um die 5 000 Menschen einen qualvollen Tod. Die meisten von ihnen waren Kinder, Frauen und alte Männer. Zwischen 7 000 und 10 000 Menschen wurden bei dem Massaker so schwer verletzt, dass sie später starben oder dauerhafte Gesundheitsschäden wie Nervenlähmungen, Hautkrankheiten, Tumorbildungen, Lungenschäden sowie Fehlgeburten erlitten.

### Crédit Suisse und UBS finanzieren Streubomben

Schweizer Banken wie die Grossbanken Crédit Suisse und die UBS, machen auch Geschäfte mit Firmen, die an der Herstellung von Streubomben beteiligt sind. Die Crédit Suisse soll 437 Millionen Dollar und die UBS rund 465 Millionen in diese Deals investiert haben («Das Geschäft mit Streubomben floriert weiter. Gegen der heimtückischen Waffen prangern Finanzierungspraktiken der Schweizer Grossbanken an» von Dominique Burckhardt, Basler Zeitung; 30. Oktober 2009). Die Schweiz hat im vergangenen Dezember in Oslo zu den Erstunterzeichnern des Vertrages zum Verbot von Streubomben gehört. Dieser sieht ein Verbot des Einsatzes, der Produktion, der Lagerung und der Weitergabe von Streubomben vor. Dies bedeutet aber auch, dass Jede Art der Finanzierung verboten werden müsste.

Streubomben oder Cluster Munition kommen als Artilleriegranate oder als Fliegerbombe zum Einsatz. Riesige Flächen werden dabei vermint. Nur

mit einer Artilleriegranate kann auf einem Grundstück, das so gross ist wie mehrere Fussballfelder, alles Leben vernichtet werden. Diese Flächen sind dann nach Ende des Krieges nicht mehr zugänglich und landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar. Beim Einsatz von Streumunition kommen laut Handicap International oft zu 98 Prozent Zivilpersonen ums Leben, sehr oft Kinder. Noch heute sterben in Vietnam, in Laos, in Südostasien, Menschen an Sprengkörpern aus Clusterbomben, die in den 70er Jahren abgeworfen wurden. «Blindgänger» von Streubomben haben die gleichen schrecklichen Auswirkungen wie Minen (www.streubomben.ch).

### VBS als Türöffner für Waffenexporte

Die Schweiz betreibt keine Exportförderung für Kriegsmaterial, betont Bundesrätin Doris Leuthard wiederholt bei ihren öffentlichen Auftritten gegen die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». Im Februar 2009 hatte aber Christof Gertsch, Chef der Verteidigungsattachés, gegenüber dem «Tages-Anzeiger» eingeräumt, dass die Militär-

Attachés als Türöffner für die Schweizer Rüstungsindustrie fungieren: Die Schweiz hatte den Posten eines Verteidigungsattachés in der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) im Juni dieses Jahres neu geschaffen. Nicht von ungefähr gelang dann dem Schweizer Flugzeughersteller Pilatus ein Coup: Die Firma gab bekannt, dass die Emirate 25 Trainingsflugzeuge des Typs PC-21 kaufen wollen. (Schweizer Verteidigungsattaché – im Widerspruch zu Leuthard», Berner Zeitung online, 22.10.2009)

### Post für die Juristin Micheline Calmy-Rey

Nicht nur das VBS fungiert als Türöffner für Kriegsmaterialexporte. Auch das EDA von Frau Calmy-Rey wollte vor drei Jahren den Verkauf von Pilatus Flugzeugen an die türkische Armee ermöglichen. Jean-Philippe Jeannerat, des EDA, erklärte damals: Das EDA von Calmy-Rey habe bereits interveniert und werde sich energisch dafür einsetzen dass Pilatus in der Türkei keine Benachteiligung erleide. Ich schrieb am 10. November 2009 Frau Calmy-Rey einen Brief und stellte ihr die Frage:

«Wie steht es mit dem Pilatus Geschäft mit der türkischen Armee? Sind Pilatus Flugzeuge an die Türkei geliefert worden? Wie viele? Welche Modelle?»

Weiter fragte ich die Juristin und Bundesrätin:

«Wie sehen Sie die strafrechtliche Verantwortung in Sachen Kriegsmaterialexport? Sind Waffenexporteure und ihre Helfershelfer in Politik und Wirtschaft strafrechtlich verantwortlich für ihr Tun? Oder haben sie strafrechtlich einen Freipass für ihre Tätigkeit? Gilt Artikel 25 des Schweizerischen Strafgesetzbuches, nämlich Delikte wie Beihilfe zum Mord, zu vorsätzlicher Tötung, zu schwerer Körperverletzung und zu schwerer Sachbeschädigung auch für Waffenexporteure und ihre Helfershelfer in Politik und Wirtschaft? Gehilfe bei solchen Straftaten, die unter Art. 25 des Strafrechts fallen, ist ja auch derjenige welcher zu einem Verbrechen oder zu einem Vergehen vorsätzliche Hilfe leistet, wer also auch vorsätzlich in untergeordneter Stellung die Vorsatztat eines andern fördert. Diese Verbrechen sind, laut Artikel 75<sup>bis</sup> des Strafgesetzbuches, sogar unverjährbar. (Siehe auch «Die Strafrechtliche Verantwortlichkeit von schweizer. Kriegsmaterialexporteur», Lizenziatsarbeit bei Prof. Dr. G. Jenny von Reto Locher, September 2000 und Artikel in der Zeitschrift Plädoyer 5/05).

Ein holländisches Gericht ist schon mit gutem Beispiel vorangegangen, indem es einen Holländer, der dem Regime Saddams Hussein's Kriegsmaterial (Chemikalien für Giftgas) lieferte, wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen zu 15 Jahren Haft verurteilte

hat. («Neue Zürcher Zeitung» vom 24./25.12.2005). (...)

Im Frühling 1993 wurde bekannt, nach Inspektionen der Internationalen Atomenergieagentur für die UNO im Irak, dass von 602 hochtechnologischen Einrichtungen des Atom- und Rüstungsprogrammes Saddams Hussein's 132 aus der Schweiz stammten. In der Schweiz wurden jedoch sämtliche Verfahren gegen Schweizer Firmen, die dem Irak Rüstungstechnologie verkauft hatten eingestellt. Warum werden die Ermittlungen nicht wieder aufgenommen, wie in Holland? Diese Delikte sind unverjährbar.»

Bis zum heutigen Tag ist keine Antwort von Micheline Calmy-Rey bei mir eingetroffen...

### Hoffnung Jugend

Meine Hoffnung: Die Jugend sorgt dafür, dass in Zukunft für das Leben und nicht mehr für den Tod produziert wird.

Unzählige Junge haben sich in der Kampagne für die Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialexporte engagiert. Ihnen war klar: Waffen, auch solche aus der Schweiz, haben die Eigenschaft Menschen zu töten. Bei diesen jungen Menschen bleibt die Hoffnung, dass auch in Zukunft Kriegsmaterialexporte ein Politikum bleiben. Auch beim Frauenstimmrecht in der Schweiz brauchte es mehrere Anläufe, bis die Männer Ja sagten.

## In Kürze



Karikatur: Hachfeld (ND)

### Falsches Signal

Auch die 1997 mit dem Friedensnobelpreis geehrte Internationale Kampagne gegen Landminen hatte auf Barack Obama gehofft. Vergeblich. Die USA bleiben beim Boykott der vor zehn Jahren in Kraft getretenen Ottawa-Konvention, die inzwischen von über 150 Staaten ratifiziert wurde. Sie verbietet Einsatz, Produktion, Lagerung und Weitergabe von Antipersonenminen. Selbst wenn die Supermacht in der vergangenen Dekade keine Minen mehr hergestellt hat, war der völkerrechtlich bindende Vertrag der Bush-Regierung ein Dorn im Auge. Und auch die neue Administration argumentiert mit «nationalen Verteidigungsanforderungen» und «Sicherheitsverpflichtungen gegenüber Freunden und Verbündeten», um ihre Arsenale zu legitimieren. Dabei sind die USA das einzige NATO-Mitglied, das dem Abkommen bisher nicht beigetreten ist – so wie Israel, Iran, China oder Russland. Doch vor allem vom diesjährigen Friedensnobelpreisträger hatten die Minengegner anderes erwartet, nicht aber dieses Signal wenige Tage vor der Überprüfungs-konferenz zur Ottawa-Konvention. Denn noch immer sind nach UN-Schätzung Menschen in über 80 Ländern von insgesamt rund 110 Millionen dieser heimtückischen Waffen bedroht. Monatlich kommen etwa 2000 Menschen durch eine Minenexplosion zu Schaden, ein Drittel davon sind Kinder. Deshalb ist Obamas Entscheidung ein überaus schlechtes Zeichen, das nicht dazu beiträgt, die Stigmatisierung von Landminen voranzutreiben. (O.St./ND)

## Rüstung und Hunger

Vielleicht beten wir abends das Vaterunser und bitten Gott: «Unser tägliches Brot gib uns heute». Papst Benedikt erwähnte an der Eröffnung des Welternährungsgipfels in Rom, «dass mehr als eine Milliarde Menschen an chronischer Unterernährung leiden – so viele wie nie zuvor.» Dieser Hunger sucht die Erde nicht heim, weil Gott uns das tägliche Brot nicht gönnt. Der Hunger ist nicht gottgewollt. Die Welt würde anders aussehen, wenn nicht so viel Geld, gottlos, für die Rüstung vergeudet, die Mittel sinnvoller eingesetzt würden. Niemand müsste dann mehr hungern. Laut dem Internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI wurde 2008 1'464 Milliarden US Dollar für die weltweite Rüstung aufgewendet. Die effektiven Militärausgaben sind jedoch, wie SIPRI feststellt, auf Grund von nicht einbezogenen Staaten und Ausgaben, mit Sicherheit weit höher. Diese für das Militär und die Rüstung verschleuderten Mittel fehlen in zivilen Bereichen, gerade in armen Ländern. Die Menschen in Pakistan, Indien und Südafrika können die Waffen die wir ihnen verkaufen nicht essen, auch nicht die Kampfflugzeuge und Unterseeboote die ihren Generälen von West und Ost geliefert werden. Seit 1999 haben die weltweiten Rüstungsausgaben um 45 Prozent zugenommen, laut SIPRI.

H.F.

## US-Stimme zum Minarett-Verbot

## Sieg helvetischer Bigotterie

1. Dezember 2009, swissinfo gibt am Montag Morgen einen Überblick über die Titelseiten in der Schweiz und findet, dass die Presse dort einstimmig das Ergebnis der Volksabstimmung verurteilt und Entsetzen über die Abstimmung am Sonntag äussert. Redakteure zeigten sich konsterniert über die unvermeidliche Beschädigung des Ansehens der Schweiz und besorgt über die Konsequenzen. Wird es Boykotte geben? Sanktionen? Wird der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte angerufen werden?

Von Juan Cole

Schon jetzt sehe ich die Argumente, mit dem dieser Ausbruch von Bigotterie in den Alpen entschuldigt werden soll, vorgetragen vom rechten Lager, von den Neokonservativen und jenen, die denken – ohne zu wagen, dies auszusprechen – dass die «weisse Kultur» allen anderen Zivilisationen der Welt überlegen ist und es verdient, die anderen Kulturen zu dominieren oder sie zu beseitigen.

Das erste Argument wird sein, dass es nur natürlich ist, dass weisse christliche Europäer fürchten, von Menschen überlaufen zu werden, die fremden, nicht europäischen Religionen anhängen.

Es heisst, dass 5 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz Muslime sind. Natürlich ist dieses Verhältnis ein neueres Phänomen und für einige deshalb unheimlich. Aber der Islam ist in Europa nichts Neues. Teile des Landes, das jetzt Spanien heisst, waren über 700 Jahre lang muslimisch. Weite Teile im Osten des Gebietes, das sich jetzt Europäische Union nennt, wurden über Jahrhunderte von Muslimen regiert und hatten bedeutende muslimische Bevölkerungsanteile. Cordoba und Sarajewo liegen nicht in Asien oder Lateinamerika, sondern in Europa. Und diese Städte entwickelten sich im Herzen der muslimischen Zivilisation.

Wenn die Schweizer also der Meinung sind, dass der Islam in Europa fremd ist, dann denken sie an ein ziemlich kleines Europa, und nicht an jenes, das gegenwärtig besteht. Minarette zierten Cordoba. Die Arnaudia-Moschee in Banja Luca entstand im 15. Jahrhundert – sie wurde zusammen mit Dutzenden anderer Moscheen von Fanatikern in dem Bürgerkrieg zerstört, der das Auseinanderbrechen Jugoslawiens in den 1990er Jahren begleitete.

Was die Wahrscheinlichkeit der Wiederholung des Umstandes angeht, dass Muslime im siebten Jahrhundert als Eroberer kamen, ganz anders als die Christen, so ist zu sagen, dass es sich in beiden Fällen um Staatsreligionen mit Eroberungsanspruch handelt. Es war der Übertritt eines Kaisers, der für die bevorzugte Stellung des Christentums in Europa sorgte, dem damals nur eine Minderheit auf dem Kontinent anhing. Karl der Grosse zwang den Stämmen bis zur Elbe das Christentum auf. Und in beiden Fällen, sowohl bei der christlichen Religion als auch beim europäischen Islam gab es viele willige Konvertiten, die sich begeistert den Botschaften von Wanderpredigern oder schönen Gesängen hingaben.

Andere werden behaupten, dass Muslime den Christen in ihrer Mitte keine Religionsfreiheit gewähren. Zullererst ist zu sagen, dass diese Behauptung nicht wahr ist, wenn wir uns die gesamte Palette der Länder ansehen, in denen die 1,5 Milliarden Muslime dieser Welt leben. Unter den ungefähr 60 Staaten, in denen Muslime die Mehrheit der Bevölkerung stellen, verbietet nur ein einziges den Bau von Kirchen: Saudi Arabien. Will die Schweiz wirklich wie Saudi Arabien sein?

Hier ist eine westliche und christliche Beschreibung der Situation der Christen in Syrien:

In Syrien wird wie in allen anderen Staaten des Nahen Ostens, mit Aus-

nahme von Saudi Arabien die Freiheit der Religion durch das Gesetz garantiert ... Wir möchten unterstreichen, dass die christlichen Kirchen in Syrien und in mehreren anderen Ländern der Region kostenfrei mit Wasser und Strom versorgt werden, von verschiedenen Steuern befreit sind und auch die Möglichkeit haben, Baugenehmigungen für den Neubau oder die Instandsetzung von Kirchen einzuholen. (In Syrien wird das Land für solche Bauten vom Staat zur Verfügung gestellt.)

Es sollte auch erwähnt werden, dass es in Syrien und anderen Ländern christliche Parlamentsabgeordnete und christliche Mitglieder der Regierung gibt. In manchen Ländern wie etwa dem Libanon und Jordanien ist hier eine feste Zahl vorgegeben.

Abschliessend stellen wir fest, dass am 18. Juni 2006 für die verschiedenen christlichen Kirchen in Syrien ein neues Personalstatut verkündet wurde, das sowohl der Intention als auch dem Wortlaut nach die meisten Bestimmungen des kanonischen Rechts der östlichen Kirchen wiederholt, wie es von Papst Johannes Paul II. verkündet wurde.

Das bedeutet, dass die Regierung des mehrheitlich muslimischen Landes Syrien Christen Land für den Bau ihrer Kirchen, kostenloses Wasser und Elektrizität zur Verfügung stellt. Christen haben ihr eigenes Personalstatut, wie es vom Vatikan formuliert wurde. (Weil die Christen im Nahen Osten ihre eigenen Rechtsvorschriften haben sind die Muslime im Westen so verwundert, dass sie nicht nach ihren eigenen Rechtsvorschriften leben können.) Die Christen haben Religionsfreiheit, obwohl es Empfindlichkeiten im Hinblick auf Bekehrungsversuche (wie überall im Nahen Osten, Israel eingeschlossen) gibt. Und Christen sind in der Legislative repräsentiert. Angesichts der 5 Prozent Muslime in der Bevölkerung der Schweiz fragt sich, wie viele muslimische Parlamentsabgeordnete es dort gibt?

Es wird auch eingewendet werden, dass einige Geistliche in Ägypten Fatwas oder Rechtsgutachten abgegeben haben, nach denen der Bau christlicher Kirchen Sünde ist und man wird argumentieren, dass in Oberägypten Christen von Muslimen attackiert wurden.

Diese Argumente haben keinen Bestand. Man kann nicht das Verhalten einiger muslimischer Fanatiker im

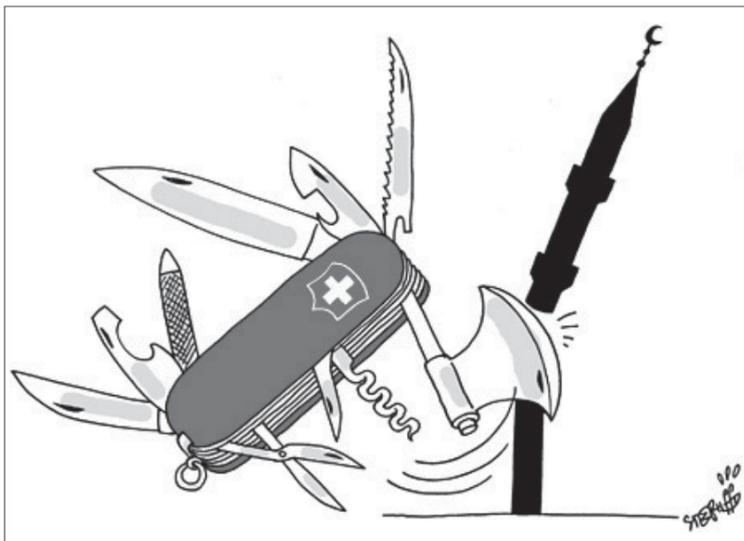
ländlichen Ägypten mit den Gesetzen und Idealen der Schweizer Republik vergleichen. Wir müssen ägyptisches Recht und ägyptische Politik zum Vergleich heranziehen.

Der Gross-Scheich des Seminars von al-Azhar, dem führenden sunnischen Zentrum für muslimische Lehren, wurde in der ägyptischen Tageszeitung Youm al-Saba'a zitiert, Muslime könnten freiwillige Beiträge zum Bau von Kirchen leisten, wobei er hervorhob, dass eine Kirche ein Haus des Gottesdienstes und der Toleranz ist. Er verurteilte die fundamentalistischen Muslime für ihre Behauptung, der Bau von Kirchen sei Sünde. In Ägypten gibt es viele Kirchen, darunter neue Presbyterianische Kirchen, die den Lehren von Calvin folgen der, ich glaube in ... Genf gelebt hat. Ungefähr sechs Prozent der Bevölkerung Ägyptens sind Christen.

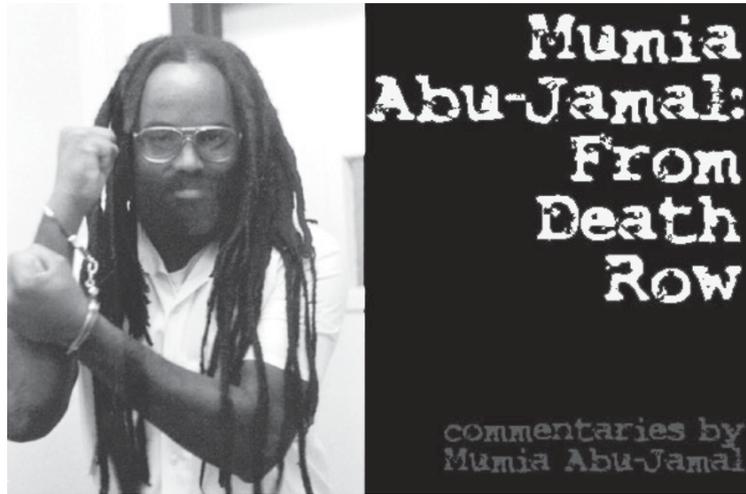
Ein weiteres Problem damit, die Schweiz mit dem Hinweis auf die unzureichende Beachtung der Menschenrechte durch die Muslime zu entschuldigen, ist der Umstand, dass das Unrecht des anderen aus dem eigenen Unrecht kein Recht macht. Die bigotte Rechte hat noch nicht einmal das moralische Verständnis von Kindern im Vorschulalter, wenn sie mit diesem Argument aufwartet. Die Internationale Erklärung der Menschenrechte wurde unter Beteiligung Pakistans, einem muslimischen Land, verfasst. Gegenwärtig wird sie in allen Ländern nur unvollkommen beachtet – es ist eine Absichtserklärung im Hinblick auf die Haltung der Welt, etwas, nach dem wir alle streben sollten. Wenn die Schweiz von dieser Erklärung abgerückt ist, dann bezieht sich das auf die gesamte Erklärung. Es hilft uns nichts bei dem Bemühen, die Menschenrechte zu verwirklichen, wenn wir sagen, dass unsere Missachtung derselben in Ordnung ist, weil die anderen sie auch nicht beachten.

Der zweite Wahhabi-Staat ausser Saudi Arabien, Qatar, hat den Bau christlicher Kirchen erlaubt. Aber sie dürfen keine Kirchtürme und keine Glocken haben. Diese Politik ist das Spiegelbild der Politik der Schweiz. Damit hat die Schweiz nach Jahrhunderten der Bemühungen um Zivilisation und Aufklärung ungefähr das gleiche Niveau an Toleranz erreicht wie ein kleines Land am Persischen Golf, in dem eine höchst rückständige Auslegung des Islam gilt und dessen Bewohner noch vor einhundert Jahren überwiegend Beduinen waren.

(Juan R. I. Cole ist Geschichtspräsident an der Universität von Michigan und Präsident des Global Americana Institute. Sein Text erschien bei der Salon Media Group und wurde übersetzt von Hergen Matussik (Tlaxcala-Übersetzernetzwerk).)



Karikatur: Korea Times



## Zum jüngsten Amoklauf in den USA

## Major, Psychiater, Amokläufer

Was trieb den US-Offizier Nidal Malik Hasan dazu, auf seine eigenen Leute zu schiessen? Mumia Abu-Jamal äussert sich dazu aus seiner Todeszelle.\*

Von Mumia Abu-Jamal

Am 5. November kam es erneut zu einem Amoklauf in den USA. Dieses Mal war es ein US-Soldat, der auf andere Soldaten schoss. Was den Vorfall gegenüber bisherigen vergleichbaren so bemerkenswert macht, ist die Tatsache, dass der Amokläufer mehr ist als ein Soldat. Er ist Arzt, Psychiater und – gläubiger Muslim.

Wie berichtet wurde, hat Major Nidal Malik Hasan im texanischen Fort Hood, der grössten Militärbasis der USA, das Feuer auf seine Kameraden eröffnet, wobei er dreizehn von ihnen tötete und Dutzende verletzte. Die Geschehnisse werfen die Frage auf, welcher Teil seiner offensichtlich gespaltenen Persönlichkeit diesen Mann dazu getrieben hat, die eigene Kaserne zu stürmen und wahllos um sich zu schießen. War es der Arzt in ihm? Wohl kaum. Der Psychiater? Äusserst zweifelhaft. Der Major? Unwahrscheinlich. Der Muslim? Grosses Fragezeichen. Die Antwort auf diese Frage wird höchstwahrscheinlich einige Zeit auf sich warten lassen, denn Major Dr. Hasan wurde selbst von Kugeln getroffen, als Wachsoldaten sein Feuer erwiderten. Er liegt im Koma und ist nicht in der Lage, Auskunft über seine Beweggründe zu geben.

Nach ersten Berichten, die wie immer nicht besonders verlässlich sein müssen, war Major Dr. Hasan nicht damit einverstanden, sich nach Afghanistan verlegen zu lassen, eine traditionelle islamische Gesellschaft. In deren Bevölkerung ist ein nationalistischer Widerstand verwurzelt, der ständig stärker wird und sich immer wirkungsvoller gegen die US-Armee und die anderen westlichen Besatzungsarmeen richtet.

Major Dr. Hasan ist ein Bürger der USA, geboren, aufgewachsen und ausgebildet in diesem Land. Während der Ausübung seines Berufs als Militärpsychiater sind ihm von seiten seiner Probanden und Kameraden zweifellos schlimmste Ängste, Hassgefühle und rassistische Schmähungen gegenüber Arabern und Muslimen zu Ohren gekommen. Welche Arten von Stress und Konflikten kann das in ihm ausgelöst haben? Sein Handeln mag sich deshalb als ein Fatal gegen die Kriege in Afghanistan und Irak herausstellen – ausgeführt nicht von einem «durchgeknallten Terroristen» oder linken Antimilitaristen, sondern von einem Angehörigen der US-Armee, einem Berufsoffizier und vermutlichen Gentleman, einem Arzt und Psychiater.

Es ist schon fast eine Ironie dieser Geschichte, dass sich, so der britische Guardian vom 6. November 2009, zeitgleich zu diesem Amoklauf eine

Veteranengruppe aus Austin, Texas, in der US-Hauptstadt Washington mit Vertretern des Streitkräfteausschusses zu einer Unterredung traf, um die Senatoren um die Einsetzung von mehr Fachpersonal zur Betreuung der von Kriegseinsätzen heimkehrenden Soldaten zu bitten. Paul Sullivan, Geschäftsführer des Vereins «Veterans for Common Sense», erklärte nach der Sitzung, seine Organisation habe seit langem davor gewarnt, Vorfälle wie der in Fort Hood könnten sich jederzeit ereignen. «Wir haben unermüdetlich daran gearbeitet, das zu verhindern», zitierte ihn der Guardian. Das Geschehen von Fort Hood sei schrecklich und «eine Tragödie».

Allerdings erfuhr auch Sullivan erst nach der Sitzung des Ausschusses davon. Während des Treffens auf dem Capitol Hill hatte die Veteranenorganisation die Ausschussmitglieder darüber unterrichtet, dass es im US-Militär vermehrt zu Gewalttaten von Soldaten komme, die unter posttraumatischer Belastungsstörung litten; und dass die Selbstmordrate schon vor Ablauf des Jahres 2009 ein Rekordhoch erreicht habe, das an die Zeiten des Vietnamkrieges erinnere.

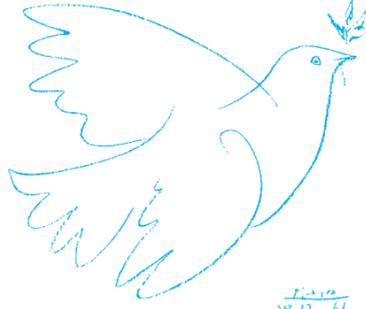
Vielleicht sah Major Dr. Hasan nach allem Leid, von dem er in seinem Beruf erfuhr, für sich keine andere Möglichkeit, als mit seiner Tat sein ganz persönliches Urteil über die derzeitigen Kriege zum Ausdruck zu bringen.

Übersetzung: Jürgen Heiser  
(Quelle: junge Welt Nr. 264/09)

\* Seit über 27 Jahren sitzt Mumia Abu-Jamal in den USA in der Todeszelle. Verurteilt für einen Polizistenmord, der ihm untergeschoben wurde, um ihn zum Schweigen zu bringen. Der Aktivist kämpft seit seiner frühesten Jugend – damals als Pressesprecher der Black Panther Party in Pennsylvania – und bis heute als freier Journalist – gegen Rassismus, Polizeigewalt, Klassenherrschaft und Krieg.

Seine Verurteilung 1982 war eine Farce. Der Staatsanwalt siebte systematisch schwarze Geschworene aus, präsentierte manipulierte sowie frei erfundene Beweise und unterdrückte entlastendes Material. Seit diesem Prozess kämpft Mumia um ein neues Verfahren sowie um seine Freiheit.

Im April diesen Jahres verweigerte das höchste Gericht der USA den Antrag auf ein neues Verfahren. Jetzt steht nur noch die Entscheidung des obersten Gerichtshofes aus, ob das Todesurteil bestätigt wird oder ob er lebenslang in Haft bleiben muss. Mit der Bekanntgabe der Entscheidung ist jeden Tag zu rechnen. Diesen Justizmord werden wir nicht zulassen!



# Unsere Welt

## Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

### Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.  
Auflage: 10 000  
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,  
Postfach 2113, CH-4001 Basel  
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32  
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander  
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,  
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander  
E-Mail: [sfb@bluewin.ch](mailto:sfb@bluewin.ch)  
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.  
PC: 40-1627-7  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg  
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

### Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.  
**Wie kann man helfen?**  
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis  Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:  
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort: \_\_\_\_\_



Impressionen einer eindrücklichen Jubiläumsfeier.

### 60 Jahre Schweizerische Friedensbewegung

## 60 Jahre gelebte Solidarität

Aus St. Gallen, Bern, Zürich und vor allem aus Basel sind sie am 19. September zur Jubiläumsfeier der SFB zusammengekommen: Menschen, die sich gegen Hochrüstung und Krieg, für Gerechtigkeit und internationale Solidarität engagiert haben und noch engagieren, manche ein Leben lang.

#### Von Anjuska Weil

«Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker» sagte der alte Che, der nicht alt werden durfte, weil er ermordet wurde. «Solidarität hilft siegen» war die Parole zur Unterstützung des vietnamesischen Befreiungskampfes. Vietnam und Lateinamerika waren neben der Jubilarin selbst denn auch die Schwerpunkte dieses würdigen, rundum gelungenen Tages.

Ab 11 Uhr führte das sorgfältig zusammengestellte Filmprogramm die ZuschauerInnen an Schauplätze imperialistischer Kriege und zu deren Hintergründen. Aber auch Stimmen

wie jene des grossartigen Sängers und Friedensbotschafters Paul Robeson erklangen im kleinen Saal der Basler «Schmiedenzunft».

#### Gegen atomare Waffen und für weltweite Abrüstung

Ab 15 Uhr führte Matthias Goldschmidt durchs Programm. Franziska Genitsch verlas vor dem voll besetzten Saal die Grussbotschaft des Weltfriedensrates, dann eröffnete Luise Stebler, 1949 Mitbegründerin der SFB, den Reigen der Berichte aus sechs Jahrzehnten Engagement. Selbstverständlich wurde dabei auch Joe Stebler gewürdigt, der «sein gan-

zes Leben lang treibende Kraft, Herz und Seele der SFB» war. Da war der 1950 lancierte Stockholmer Appell für das Verbot der Atomwaffen, der Millionen von Menschen zu bewegen vermochte. Weitere Appelle folgten, für die Einstellung des Wettrüstens, gegen die Neutronenbombe. An allen hat sich die SFB aktiv beteiligt.

#### Vietnam im Herzen...

Monika Waser, die auch die eindrückliche Ausstellung über die Aktivitäten der SFB zusammengetragen hatte, skizzierte die mannigfachen Aktivitäten zur Unterstützung der Menschen in Vietnam, während und nach dem Kampf im amerikanischen Krieg. Da ging es nicht um abgehobene Reden, sondern um Tausende von Arbeitsstunden und Tonnen von Hilfsgütern. 1,1 Millionen Bleistifte hat die SFB für die Schulkinder Vietnams gesammelt. Während der Westen sich nach dem Krieg stramm ans US-Embargo hielt, enthielten die Transporte der SFB wertvolles wissenschaftliches Material. Der Name Alex Richard steht hier stellvertretend für all die Engagierten. Vor diesem Hintergrund hat die SFB die Gruss- und Dankesadresse aus Hanoi wirklich verdient.

Das gesamte Wirken der SFB fand über 40 Jahre hinweg unter den Bedingungen des Kalten Krieges statt. Besonders eindrücklich schilderte Martin Schwander dieses Klima. Da war die Bespitzelung von FriedensaktivistInnen, welche in die Diffamierungen und Entlassungen in der «Affäre Novosti» mündete, sich aufgrund der Fakten aber schliesslich zur «Affäre (Bundesrat) Friedrich» wandelte. Da ist das immense Fichenmaterial über die SFB, das heute als historische Gedächtnisstütze genutzt wird, aber noch wenig aufgearbeitet ist.

1978 hat sich die SFB mit der Zeitung «Unsere Welt» ihre eigene Stimme geschaffen.

Mit der «Genossenschaft Riehen» hat die ausgegrenzte Friedensbewegung eine Bleibe gefunden. Christoph Jäggi beschrieb, wie sie zum Ort der Begegnung unter Friedensfreunden wurde.

#### ...und Lateinamerika

Im ersten Schwerpunktreferat zeigte der Historiker und Journalist Dr. Gerhard Feldbauer die Verbindung von Revolution und Befreiungskampf in Vietnam auf. Zur Zeit des Krieges vor Ort Berichterstatter für das Neue Deutschland, haben er und seine Frau Irene Ho Chi Minh persönlich kennen gelernt und seinen unerschütterlichen Glauben an einen Sieg über die amerikanischen Invasoren erlebt. «Vietnam bleibt unsere Sache» ist so auch zu einem persönlichen Credo der Feldbauers geworden. Ob die stummen Zeugen in der Ausstellung (der Vereinigung Schweiz-Vietnam) über die verbrecherischen Chemiewaffeneinsätze mit Agent Orange/Dioxin, die den BetrachterInnen von den Stellwänden entgegenblickten, ihm ebenfalls zugehört haben?

Zweiter Schwerpunkt der Solidarität war Lateinamerika – und mit diesem erreichte die Zeitreise die Gegenwart. Der cubanische Botschafter brachte die Grussadresse aus Havanna gleich selber mit.

Hans Schöpfi ging in seinem Referat nicht allein auf die gegenwärtigen Aufbrüche in Lateinamerika ein, sehr interessant war auch seine Gegenüberstellung der drei Entwicklungsmodelle: jenes des reichen Nordens mit seiner ausbeuterischen Wirtschaftsmacht, jenes Ostasiens, das auf die Exportindustrie setzt und das kämpferische, lateinamerikanische, das Schöpfi für das nachhaltigste hält.

Nach so viel Schwerem und Kopflastigen brachte die Musikgruppe Smear Dubh sprudelnde Lebensfreude in den Saal. Ein Ausklang, bei dem Schwung für die kommenden Jahre aufblitzte.

(Quelle: «Vorwärts»)

#### Freiheit für die Miami 5 – sofort!

## Obama, du kannst!

Am 10. Dezember wurde, anlässlich der am 10. Dezember 1948 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* weltweit wiederum der Tag der Menschenrechte begangen.

Am selben Tag erhielt in Oslo US-Präsident Barack Obama den Friedensnobelpreis. Es dürfte in der Geschichte des Friedensnobelpreises einzigartig sein, dass der Geehrte zeitgleich 30 000 neue Soldaten in einen Kolonialkrieg beordert.

In den USA werden Menschenrechte täglich verletzt. Unser besonderes Augenmerk richten wir auf den Fall der fünf kubanischen politischen Gefangenen *Ramón Labañino Salazar*, *Fernando González Llort*, *Antonio Guerrero Rodríguez*, *Gerardo Hernández Nordelo* und *René González Scherer* («Miami 5»), die seit dem 1998 in den USA inhaftiert sind und im Dezember 2001 zu extremen Haftstrafen verurteilt wurden, einzig aus dem Grunde, weil sie ihre Heimat vor weiteren Terroranschlägen schützen wollten. Ihre Regierung in Havanna hatte sie vor dem Hintergrund von seit 1959 durch solche Anschläge erlittenen 3 478 Toten und 2 099 Invaliden nach Miami geschickt, um dort die rechtsextremistischen Terrorbanden zu unterwandern. Der Schauprozess in Miami wie das andauernde Verfahren ist eine nicht enden wollende Kette von Verstössen gegen nationales und Völkerrecht; so die anhaltende Verweigerung des Besuchsrechtes von Adriana Pérez, Ehefrau von Gerardo Hernández, und Olga Salanueva, Ehefrau von René González.

Permanent wurden hier Menschenrechte verletzt; beispielhaft aus der UN-Menschenrechts-Erklärung die Artikel 9 (willkürliche Festnahme), 10 (fares Verfahren) und 16/3 (Schutz der Familie).

Folgerichtig hat am 25. Mai 2005 die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen der UN-Menschenrechtskommission in ihrer Entscheidung Nr. 19/2005 festgestellt, die Inhaftierung der Miami 5 sei willkürlich und stelle einen Verstoß gegen Artikel 14 des Internationalen Pakts über zivile und politische Rechte dar.



**60 Jahre**  
Schweizerische Friedensbewegung  
Jubiläums-Feier in Basel  
19. September 2009

Schweizerische Friedensbewegung Postfach 2113, 4001 Basel - www.friedensbewegung.ch

Am 15. Juni 2009 lehnte es der Oberste Gerichtshof der USA auf Antrag der Obama-Administration ohne Angabe von Gründen ab, den Fall neu und an einem neutralen Ort verhandeln zu lassen. Allerdings hatte ein Appellationsgericht in Atlanta bereits im Juni 2008 die Strafmasse von Ramón Labañino (lebenslänglich zzgl. 18 Jahre Haft), Antonio Guerrero (lebenslänglich zzgl. 10 Jahre Haft) und für Fernando González (19 Jahre Haft) als revisionsbedürftig erklärt.

Am 13. Oktober 2009 wurde das neue Strafmass für Antonio Guerrero verkündet. Staatsanwaltschaft und Verteidigung hatten sich auf insgesamt 20 Jahre verständigt. Die fanatische Richterin legte, was selbst für US-Verhältnisse aussergewöhnlich ist, zusätzlich 1 Jahr und 10 Monate drauf. «Begründung»: Zwar hätte Guerrero nachweislich keine US-Stellen ausspioniert, aber «er hätte es gern tun wollen». Ein weiteres Unrecht.

Für den 08.12.09 war die Neufestsetzung der Strafmasse für Ramón Labañino und Fernando González angekündigt worden. Die Haftstrafe von Labañino wurde auf 30 Jahre reduziert, die von González auf 17 Jahre und neun Monate.

Unabhängig von den (zum Teil minimal) reduzierten Straffrahmen für drei von ihnen bleibt die weltweit erhobene Forderung bestehen:

Alle Fünf müssen raus – sofort!

Sie, Herr US-Präsident und Friedensnobelpreisträger Obama, haben zu Beginn Ihrer Amtszeit mehrfach betont, dass Sie «einen Neuanfang in den Beziehungen zu Havanna» anstreben würden. Hier nun haben Sie die einmalige Gelegenheit, Ihren Worten Taten folgen zu lassen. In Ihrer Verfassung, Artikel II, Absatz 2 heisst es, dass der US-Präsident «die Macht hat Strafvollzugsaufschübe und Begnadigungen zu gewähren.» Setzen Sie der flagranten Ungerechtigkeit, der die Miami 5 seit 11 Jahren ununterbrochen ausgesetzt sind, endlich ein Ende, nutzen Sie die Ihrem Amt gegebene Macht weise und ordnen Sie umgehend die Freilassung der fünf kubanischen Patrioten an.

*Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen (Text von der Red. gekürzt)*